

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuer samt Protokoll (Georgien), Fassung vom 22.02.2024**

### **Langtitel**

Abkommen zwischen der Republik Österreich und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll  
StF: BGBl. III Nr. 60/2006 (NR: GP XXII RV 892 AB 1039 S. 122. BR: AB 7381 S. 725.)

### **Änderung**

BGBl. III Nr. 83/2018 (NR: GP XXIV RV 1882 AB 1927 S. 173. BR: AB 8799 S. 814.)

### **Sonstige Textteile**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

### **Ratifikationstext**

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 9. November bzw. 29. Dezember 2005 abgegeben; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2006 in Kraft.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

Die Republik Österreich und Georgien, von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen durch den Abschluss eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu fördern,

haben Folgendes vereinbart:

### **Text**

#### **Artikel 1**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### **Artikel 2**

##### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

- a) in Österreich:
1. die Einkommensteuer;
  2. die Körperschaftsteuer;
  3. die Grundsteuer;
  4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben; und
  5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;  
(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);
- b) in Georgien:
1. die Steuer vom Gewinn der Unternehmen;
  2. die Steuer vom Vermögen der Unternehmen;
  3. die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen; und
  4. die Steuer vom Vermögen der natürlichen Personen;  
(im Folgenden als "georgische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle von beiden Vertragsstaaten erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### **Artikel 3**

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
  - b) bedeutet der Ausdruck "Georgien" das von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Gebiet innerhalb der Staatsgrenzen Georgiens, einschließlich der Landfläche, der Binnengewässer und Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, hinsichtlich dessen Georgien seine Hoheitsgewalt ausübt, sowie das ausschließliche Wirtschaftsgebiet und den Festlandsockel, der an seine Hoheitsgewässer angrenzt, hinsichtlich derer Georgien seine Hoheitsrechte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausüben darf;
  - c) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Georgien;
  - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
  - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - f) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
  - g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  - h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
  - i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
    - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
    - ii) in Georgien: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
    - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit oder Staatsbürgerschaft eines Vertragsstaats besitzt; und
    - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
  - k) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

## **Artikel 4**

### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 dieses Artikels eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 dieses Artikels eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

## **Artikel 5**

### **BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem weck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;

- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e dieses Absatzes genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 dieses Artikels - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 dieses Artikels so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 dieses Artikels genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

## **Artikel 6**

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 dieses Artikels gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

## **Artikel 7**

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als

selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 dieses Artikels nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## **Artikel 8**

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## **Artikel 9**

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10 Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personen-gesellschaft), die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen."

## Artikel 11 ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 dieses Artikels sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem

Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## **Artikel 12**

### **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 dieses Artikels ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## **Artikel 13**

### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 dieses Artikels nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Absatz 4 dieses Artikels berührt nicht das Recht eines Vertragsstaats, nach seinem Recht Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft zu besteuern, die eine natürliche Person bezieht, die in einem Vertragsstaat ansässig ist und im erstgenannten Vertragsstaat zu irgendeinem Zeitpunkt während der fünf Jahre, die unmittelbar der Veräußerung des Vermögens vorangehen, ansässig war.

## **Artikel 14**

### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

## **Artikel 15**

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## **Artikel 16**

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird, oder wenn diese Tätigkeit auf Grund eines Kulturübereinkommens zwischen den Vertragsstaaten ausgeübt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

## **Artikel 17**

### **RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## **Artikel 18**

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden;



- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden;
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

## **Artikel 19**

### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den anderen Staat ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, dürfen im anderen Staat nicht besteuert werden, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

## **Artikel 20**

### **HOCHSCHULLEHRER, LEHRER UND WISSENSCHAFTLICHE FORSCHER**

(1) Ein Hochschullehrer, Lehrer oder wissenschaftlicher Forscher, der einen der Vertragsstaaten nicht länger als zwei Jahre zu Unterrichts- oder Forschungszwecken an einer Universität, einem College, einer Schule oder einer ähnlichen Bildungs- oder Forschungseinrichtung in diesem Staat besucht und der unmittelbar vor diesem Besuch im anderen Vertragsstaat ansässig war, darf mit den Vergütungen aus dieser Lehrtätigkeit oder Forschung nur im anderen Staat besteuert werden. Dieser Absatz ist jedoch nur für einen zwei Jahre nicht übersteigenden Zeitraum anzuwenden, ab dem Zeitpunkt, zu dem die natürliche Person den erstgenannten Staat für diesen Zweck erstmals besucht.

(2) Dieser Artikel ist nur dann auf Einkünfte aus der Forschung anzuwenden, wenn die natürliche Person diese Forschung im öffentlichen Interesse und nicht in erster Linie zum Vorteil einer anderen Privatperson oder anderer Privatpersonen betreibt.

## **Artikel 21**

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 dieses Artikels ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

## Artikel 22

### VERMÖGEN

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 23

### VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Georgien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in Georgien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Georgien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Georgien bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Georgien:

Bezieht eine in Georgien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Georgien auf die vom Einkommen oder Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

## Artikel 24

### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt für Steuern, die Gegenstand dieses Abkommens sind.

## **Artikel 25**

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

## **Artikel 26**

### **Informationsaustausch**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder

mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

- (3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,
- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
  - b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
  - c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen.

## **Artikel 27**

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

## **Artikel 28**

### **IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem Recht erforderlichen Verfahren mit.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem die spätere dieser Mitteilungen von den Vertragsstaaten erhalten wird, wonach die für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens erforderlichen gesetzlichen Verfahren abgeschlossen sind. Dieses Abkommen findet für alle Steuerjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

## **Artikel 29**

### **KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen mindestens sechs Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten durch eine schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht

mehr Anwendung auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. April 2005, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache. Alle Texte sind gleichermaßen authentisch. Bestehen zwischen dem deutschen und georgischen Text Abweichungen, ist der englische Text maßgeblich.

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Georgien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

### 1. Zu Artikel 2 Absatz 1

Es besteht Einvernehmen, dass im Fall Georgiens der Ausdruck "Gebietskörperschaften" territorial-administrative Unterabteilungen bedeutet.

### 2. Zu Artikel 3 Absatz 1 lit. k

Es besteht Einvernehmen, dass im Fall Georgiens der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" dieselbe Bedeutung hat wie "wirtschaftliche Tätigkeiten".

### 3. Zu Artikel 3 Absatz 1

Es besteht Einvernehmen, dass der Ausdruck "Vermögen" bewegliches und unbewegliches Vermögen bedeutet. Er umfasst insbesondere – ohne jedoch darauf beschränkt zu sein - Bargeld, Anteile oder andere Urkunden, die als Nachweis für Eigentumsrechte und Obligationen oder andere Schuldverpflichtungen dienen. Er umfasst auch Patente, Marken, Urheberrechte oder ähnliche Rechte und Vermögenswerte.

### 4. Zu Artikel 7

Es besteht Einvernehmen, dass der Ausdruck "Gewinne" die Gewinne umfasst, die ein Gesellschafter aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft bezieht.

### 5. Zu Artikel 13 Absatz 5

Es besteht Einvernehmen, dass das Besteuerungsrecht des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig war, auf den Wertzuwachs der Anteile beschränkt ist, der während des Zeitraums angefallen ist, in dem der Steuerpflichtige in diesem Staat ansässig war.

### 6. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

### 7. Zu Artikel 21

- a) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären. Zu den Vergütungen im Sinne dieser lit. gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.
- b) Die in lit. a angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

### 8. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECDKommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. April 2005, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache. Alle Texte sind gleichermaßen authentisch. Bestehen zwischen dem deutschen und georgischen Text Abweichungen, ist der englische Text maßgeblich.

### ZUSATZPROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des am 11. April 2005 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Georgien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Protokolls bilden:

Zu Artikel 26:

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die erbetenen Auskünfte, einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen ("fishing expeditions").

(iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

(iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 4. Juni 2012 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text maßgeblich.

### Anhang

#### Technische Note betreffend Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens

**Artikel 26** Absatz 5 des OECD-Musterabkommens sieht vor, dass das Bankgeheimnis kein Hindernis für den Informationsaustausch für steuerliche Zwecke darstellen darf. Artikel 26 sieht auch wichtige Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen vor, die sich auf Abgabepflichtige beziehen.

Der Standard verpflichtet lediglich zum Informationsaustausch auf Ersuchen. Wenn um Informationen ersucht wird, sind sie nur in dem Umfang auszutauschen, als sie zur Anwendung oder Durchsetzung des

innerstaatlichen Rechts der Vertragspartner voraussichtlich erheblich sind. Staaten sind nicht berechtigt, sich an Streifzügen („fishing expeditions“) zu beteiligen oder Informationen zu verlangen, die voraussichtlich für die steuerlichen Verhältnisse eines bestimmten Abgabepflichtigen nicht von Bedeutung sind. Bei der Formulierung eines Ersuchens sind die zuständigen Behörden gehalten, die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen darzulegen. Es wäre beispielsweise nicht zulässig, dass ein Staat wahllos um Informationen über Bankkonten seiner Ansässigen bei Kreditinstituten im anderen Staat ersucht. Ebenso wäre es einer Steuerverwaltung selbst im Rahmen einer Prüfung des Abgabepflichtigen verwehrt, um Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen zu ersuchen, wenn keine Gebarung oder das Anzeichen einer möglichen Gebarung festgestellt wurde, die auf eine Verbindung mit dem anderen Staat schließen lassen. Andererseits kann beispielsweise die zuständige Behörde Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen verlangen, wenn sich im Zuge der Festsetzung der Steuerschuld eines bestimmten Abgabepflichtigen der Verdacht ergibt, dass der Abgabepflichtige ein Bankkonto im anderen Staat unterhält. Ebenso könnte dies der Fall sein, wenn eine Anzahl von Abgabepflichtigen identifiziert wurde, die beispielsweise ausländische Kreditkarten von Banken im anderen Staat besitzen. Der ersuchende Staat hätte jedoch zuvor alle innerstaatlichen Mittel, die ihm den Zugang zur erbetenen Information ermöglichen, auszuschöpfen. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf die Kommentare zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens und auf Artikel 5 des Musterabkommens über den Informationsaustausch hingewiesen.

Werden Informationen ausgetauscht, so unterliegen diese strengen Geheimhaltungs-vorschriften. Artikel 26 sieht ausdrücklich vor, dass die ausgetauschten Informationen geheim zu halten sind. Sie dürfen nur für die im Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Im Fall der Verletzung dieser Geheimhaltungsvorschriften sehen das Verwaltungs- und Strafrecht aller Staaten hierfür Sanktionen vor. Üblicher Weise wird eine unbefugte Offenbarung von steuerlich erheblichen Informationen, die von einem anderen Staat erhalten wurden, als mit Freiheitsstrafe bedrohtes strafrechtliches Vergehen gewertet.

Wie aus diesen Erläuterungen, die sowohl dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen als auch dem OECD-Handbuch über den Informationsaustausch entnommen werden können, ersichtlich ist, erscheint das Bankgeheimnis mit einem wirkungsvollen Informationsaustausch nicht unvereinbar. Alle Länder kennen Regelungen über das Bankgeheimnis oder über die abgabenrechtliche Geheimhaltung. Die Erfüllung des international vereinbarten Standards des Informationsaustausches gebietet lediglich beschränkte Ausnahmen von den Bankgeheimnisregelungen und dürfte daher das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Schutz ihrer Privatsphäre nicht untergraben.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2018

Ausgegeben am 14. Mai 2018

Teil III

---

**83. Protokoll zwischen der Republik Österreich und Georgien und Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 11. April 2005 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen**  
(NR: GP XXIV RV 1882 AB 1927 S. 173. BR: AB 8799 S. 814.)

---

### 83.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Protokoll zwischen der Republik Österreich und Georgien und Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 11. April 2005 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen<sup>1</sup>**

[Protokoll und Zusatzprotokoll in deutscher Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll und Zusatzprotokoll in georgischer Sprachfassung siehe Anlagen]

[Protokoll und Zusatzprotokoll in englischer Sprachfassung siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 3 des Protokolls erfolgten am 17. Juli 2012 bzw. 5. Dezember 2012; gemäß derselben Bestimmung sind das Protokoll und das Zusatzprotokoll mit 1. März 2013 in Kraft getreten.

**Kurz**

---

<sup>1</sup> Kundgemacht in BGBl. III Nr. 60/2006.



PROTOKOLL  
ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH  
UND  
GEORGIEN  
UND ZUSATZPROTOKOLL  
ZUR ABÄNDERUNG DES AM 11. APRIL 2005 IN WIEN UNTERZEICHNETEN  
ABKOMMENS ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG AUF DEM  
GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM VERMÖGEN

Die Republik Österreich und Georgien, von dem Wunsch geleitet, ein Protokoll und ein Zusatzprotokoll zur Abänderung des am 11. April 2005 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (im Folgenden „Abkommen“ genannt) abzuschließen,

Sind wie folgt übereingekommen:

## Artikel 1

Artikel 10 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

### "Artikel 10

### Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) a) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Nutzungsberechtigte der Dividenden eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen.

b) Ist der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft (jedoch keine Personengesellschaft), die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt, dürfen diese Dividenden nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Nutzungsberechtigte der Dividenden ansässig ist.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten – ausgenommen Forderungen – mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen."

## Artikel 2

Artikel 26 des Abkommens wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

### "Artikel 26

#### Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen kann ein Vertragsstaat die erhaltenen Informationen für andere Zwecke verwenden, wenn solche Informationen nach dem Recht beider Staaten für solche andere Zwecke verwendet werden dürfen und die zuständige Behörde desjenigen Staates, der die Informationen erteilt hat, dieser anderen Verwendung zustimmt.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;

c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn dieser andere Staat diese Informationen für

seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die im vorhergehenden Satz enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, wobei diese jedoch nicht so auszulegen sind, dass ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen kann, weil er kein innerstaatliches Interesse an solchen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist in keinem Fall so auszulegen, als könne ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Kreditinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf das Eigentum an einer Person beziehen."

### Artikel 3

Die Vertragsstaaten teilen einander auf diplomatischem Weg mit, dass alle rechtlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Protokolls abgeschlossen sind. Das Protokoll tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Zeitpunkt des Empfanges der späteren der oben genannten Mitteilungen folgt. Die Bestimmungen des Protokolls finden Anwendung auf alle Steuerzeiträume, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien , am 4. Juni 2012 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Andreas Schieder m.p.

Für Georgien:

Paata Gaprindashvili m.p.

## ZUSATZPROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Protokolls zur Abänderung des am 11. April 2005 in Wien unterzeichneten Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Georgien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Protokolls bilden:

Zu Artikel 26:

(i) Die zuständige Behörde des ersuchenden Staates stellt der zuständigen Behörde des ersuchten Staates zur Darstellung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Auskünfte die folgenden Informationen zur Verfügung, wenn diese ein Auskunftersuchen gemäß dem Abkommen stellt:

- a) die Bezeichnung der Person, der die Ermittlung oder Untersuchung gilt;
- b) eine Stellungnahme betreffend die erbetenen Auskünfte, einschließlich der Art und der Form, in der der ersuchende Staat die Auskünfte vorzugsweise vom ersuchten Staat erhalten möchte;
- c) den steuerlichen Zweck, für den um die Auskünfte ersucht wird;
- d) die Gründe für die Annahme, dass die erbetenen Auskünfte dem ersuchten Staat vorliegen oder sich im Besitz oder in der Verfügungsmacht einer Person im Hoheitsbereich des ersuchten Staates befinden;
- e) den Namen und die Anschrift von Personen, soweit bekannt, in deren Besitz sich die erbetenen Auskünfte vermutlich befinden;
- f) eine Erklärung, dass der ersuchende Staat alle ihm in seinem eigenen Gebiet zur Verfügung stehenden Maßnahmen zur Einholung der Auskünfte ausgeschöpft hat, ausgenommen solche, die unverhältnismäßig große Schwierigkeiten mit sich bringen würden.

(ii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass die in Artikel 26 vorgesehene Amtshilfe nicht Maßnahmen einschließt, die lediglich der Beweisausforschung dienen ("fishing expeditions").

(iii) Es besteht Einvernehmen darüber, dass Artikel 26 Absatz 5 des Abkommens die Vertragsstaaten nicht dazu verpflichtet, Informationen auf automatischer oder spontaner Basis auszutauschen.

(iv) Es besteht Einvernehmen darüber, dass zur Auslegung des Artikels 26 neben den oben angeführten Grundsätzen auch die aus den Kommentaren der OECD, einschließlich der vom OECD-Sekretariat erstellten technischen Note zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens, die diesem Protokoll als Anhang beigefügt ist, abzuleitenden Anwendungsgrundsätze zu berücksichtigen sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Zusatzprotokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien , am 4. Juni 2012 in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Bei Auslegungsunterschieden ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Andreas Schieder m.p.

Für Georgien:

Paata Gaprindashvili m.p.

## Anhang

**Technische Note betreffend Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens**

Artikel 26 Absatz 5 des OECD-Musterabkommens sieht vor, dass das Bankgeheimnis kein Hindernis für den Informationsaustausch für steuerliche Zwecke darstellen darf. Artikel 26 sieht auch wichtige Sicherheitsvorkehrungen zum Schutz der Vertraulichkeit von Informationen vor, die sich auf Abgabepflichtige beziehen.

Der Standard verpflichtet lediglich zum Informationsaustausch auf Ersuchen. Wenn um Informationen ersucht wird, sind sie nur in dem Umfang auszutauschen, als sie zur Anwendung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts der Vertragspartner voraussichtlich erheblich sind. Staaten sind nicht berechtigt, sich an Streifzügen („fishing expeditions“) zu beteiligen oder Informationen zu verlangen, die voraussichtlich für die steuerlichen Verhältnisse eines bestimmten Abgabepflichtigen nicht von Bedeutung sind. Bei der Formulierung eines Ersuchens sind die zuständigen Behörden gehalten, die voraussichtliche Erheblichkeit der Informationen darzulegen. Es wäre beispielsweise nicht zulässig, dass ein Staat wahllos um Informationen über Bankkonten seiner Ansässigen bei Kreditinstituten im anderen Staat ersucht. Ebenso wäre es einer Steuerverwaltung selbst im Rahmen einer Prüfung des Abgabepflichtigen verwehrt, um Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen zu ersuchen, wenn keine Gebarung oder das Anzeichen einer möglichen Gebarung festgestellt wurde, die auf eine Verbindung mit dem anderen Staat schließen lassen. Andererseits kann beispielsweise die zuständige Behörde Informationen über einen bestimmten Abgabepflichtigen verlangen, wenn sich im Zuge der Festsetzung der Steuerschuld eines bestimmten Abgabepflichtigen der Verdacht ergibt, dass der Abgabepflichtige ein Bankkonto im anderen Staat unterhält. Ebenso könnte dies der Fall sein, wenn eine Anzahl von Abgabepflichtigen identifiziert wurde, die beispielsweise ausländische Kreditkarten von Banken im anderen Staat besitzen. Der ersuchende Staat hätte jedoch zuvor alle innerstaatlichen Mittel, die ihm den Zugang zur erbetenen Information ermöglichen, auszuschöpfen. Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird auf die



Kommentare zu Artikel 26 des OECD-Musterabkommens und auf Artikel 5 des Musterabkommens über den Informationsaustausch hingewiesen.

Werden Informationen ausgetauscht, so unterliegen diese strengen Geheimhaltungsvorschriften. Artikel 26 sieht ausdrücklich vor, dass die ausgetauschten Informationen geheim zu halten sind. Sie dürfen nur für die im Abkommen vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Im Fall der Verletzung dieser Geheimhaltungsvorschriften sehen das Verwaltungs- und Strafrecht aller Staaten hierfür Sanktionen vor. Üblicher Weise wird eine unbefugte Offenbarung von steuerlich erheblichen Informationen, die von einem anderen Staat erhalten wurden, als mit Freiheitsstrafe bedrohtes strafrechtliches Vergehen gewertet.

Wie aus diesen Erläuterungen, die sowohl dem Kommentar zum OECD-Musterabkommen als auch dem OECD-Handbuch über den Informationsaustausch entnommen werden können, ersichtlich ist, erscheint das Bankgeheimnis mit einem wirkungsvollen Informationsaustausch nicht unvereinbar. Alle Länder kennen Regelungen über das Bankgeheimnis oder über die abgabenrechtliche Geheimhaltung. Die Erfüllung des international vereinbarten Standards des Informationsaustausches gebietet lediglich beschränkte Ausnahmen von den Bankgeheimnisregelungen und dürfte daher das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Schutz ihrer Privatsphäre nicht untergraben.

PROTOCOL

BETWEEN

THE REPUBLIC OF AUSTRIA

AND

GEORGIA

AND ADDITIONAL PROTOCOL

AMENDING THE AGREEMENT FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION  
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL SIGNED AT VIENNA  
ON 11 APRIL 2005

The Republic of Austria and Georgia desiring to conclude a Protocol and an Additional Protocol amending the Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, signed at Vienna on 11 April 2005 (hereinafter referred to as "the Agreement"),

Have agreed as follows:

## Article 1

Article 10 of the Agreement shall be replaced by the following:

### “ARTICLE 10

#### Dividends

(1) Dividends paid by a company, which is a resident of a Contracting State, to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) a) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the beneficial owner of the dividends is a resident of the other Contracting State, the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the dividends.

b) If the beneficial owner is a company (other than a partnership) which holds directly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends, such dividends shall be taxable only in the Contracting State of which the beneficial owner of the dividends is a resident.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term “dividends” as used in this Article means income from shares, “jouissance” shares or “jouissance” rights, mining shares, founders’ shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are

paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.”

## Article 2

Article 26 of the Agreement shall be replaced by the following:

### “ARTICLE 26

#### Exchange of Information

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is foreseeably relevant for carrying out the provisions of this Agreement or to the administration or enforcement of the domestic laws concerning taxes of every kind and description imposed on behalf of the Contracting States, or of their political subdivisions or local authorities, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. The exchange of information is not restricted by Articles 1 and 2.

(2) Any information received under paragraph 1 by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, the determination of appeals in relation to the taxes referred to in paragraph 1, or the oversight of the above. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only insofar as this is

necessary to safeguard predominantly legitimate interests of another person or predominantly public interests. Notwithstanding the foregoing, information received by a Contracting State may be used for other purposes when such information may be used for such other purposes under the laws of both States and the competent authority of the supplying State authorises such use.

(3) In no case shall the provisions of paragraphs 1 and 2 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;

b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;

c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

(4) If information is requested by a Contracting State in accordance with this Article, the other Contracting State shall use its information gathering measures to obtain the requested information, even though that other State may not need such information for its own tax purposes. The obligation contained in the preceding sentence is subject to the limitations of paragraph 3 but in no case shall such limitations be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because it has no domestic interest in such information.

(5) In no case shall the provisions of paragraph 3 be construed to permit a Contracting State to decline to supply information solely because the information is held by a bank, other financial institution, nominee or person acting in an agency or a fiduciary capacity or because it relates to ownership interests in a person.”

### Article 3

The Contracting States shall notify each other through diplomatic channels that all legal procedures for the entry into force of this Protocol have been completed. The Protocol shall enter into force on the first day of the third month next following the date of the receipt of the latter of the notifications referred to above. The provisions of this Protocol shall have effect with regard to taxable periods beginning on or after 1 January of the calendar year next following the year of the entry into force of this Protocol.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna , on 4 June 2012 in the German, Georgian and English languages, all the texts being equally authentic. In case of any divergences of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Andreas Schieder m.p.

For Georgia:

Paata Gaprindashvili m.p.

## ADDITIONAL PROTOCOL

At the moment of signing the Protocol amending the Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital signed at Vienna on 11 April 2005, this day concluded between the Republic of Austria and Georgia, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Protocol:

Ad Article 26:

(i) The competent authority of the applicant State shall provide the following information to the competent authority of the requested State when making a request for information under the Agreement to demonstrate the foreseeable relevance of the information to the request:

(a) the identity of the person under examination or investigation;

(b) a statement of the information sought including its nature and the form in which the applicant State wishes to receive the information from the requested State;

(c) the tax purpose for which the information is sought;

(d) grounds for believing that the information requested is held in the requested State or is in the possession or control of a person within the jurisdiction of the requested State;

(e) to the extent known, the name and address of any person believed to be in possession of the requested information;

(f) a statement that the applicant State has pursued all means available in its own territory to obtain the information, except those that would give rise to disproportionate difficulties.

(ii) It is understood that the exchange of information provided in Article 26 does not include measures which constitute “fishing expeditions”.

(iii) It is understood that paragraph 5 of Article 26 does not require the Contracting States to exchange information on a spontaneous or automatic basis.

(iv) It is understood that – in addition to the above mentioned principles – for the interpretation of Article 26 the principles established in the OECD Commentaries including the technical note prepared by the OECD Secretariat, which is added as an Annex to this Additional Protocol, shall be considered as well.

IN WITNESS WHEREOF the plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Additional Protocol.

DONE in duplicate at Vienna , on 4 June 2012 in the German, Georgian and English languages, all the texts being equally authentic. In case of any divergences of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Andreas Schieder m.p.

For Georgia:

Paata Gaprindashvili m.p.



## **Technical note on paragraph 5 of Article 26 of the OECD Model Tax Convention**

Paragraph 5 of Article 26 of the OECD Model Tax Convention provides that bank secrecy cannot be an obstacle to exchange of information for tax purposes. Article 26 also provides for important safeguards in order to protect the confidentiality of taxpayers' information.

The standard requires information exchange on request only. Where information is requested, it must be exchanged only where it is "foreseeably relevant" to the administration or enforcement of the domestic laws of the treaty partner. Countries are not at liberty to engage in "fishing expeditions" or to request information that is unlikely to be relevant to the tax affairs of a given taxpayer. In formulating their requests, competent authorities should demonstrate the foreseeable relevance of the requested information. It would, for instance, not be possible for a State to request information randomly on bank accounts held by its residents in banks located in the other State. Also, even when auditing a taxpayer, a tax administration would not request information on a specific taxpayer when no transaction or indication of possible transactions has been identified as involving a nexus with the other state. On the other hand, for example, when a tax administration assesses the tax liability of a specific taxpayer and suspects that this taxpayer has a bank account in the other State, then the competent authority may request information on this specific taxpayer. This could also be the case where a number of taxpayers have been identified, for example, as holding offshore credit cards from banks located in the other state. The requesting State should, however, have pursued all domestic means to access the requested information. For further details, you may wish to consult the commentaries to the Article 26 of the OECD Model Tax Convention and Article 5 of the Model Agreement on Exchange of Information.

Where information is exchanged it is subject to strict confidentiality rules. It is expressly provided in Article 26 that information communicated shall be treated as secret. It can only be used for the purposes provided for in the convention. Sanctions for the violation of such secrecy are governed by administrative and penal laws in all states. Typically, unauthorised disclosure of tax related information received from another country is a criminal offence punishable by a jail sentence.

As you can see from these explanations, which you can find in the OECD Model Tax Convention commentary, as well as in the OECD Manual on Information exchange, bank secrecy is not incompatible with effective exchange of information for tax purposes. All countries have bank secrecy or confidentiality rules. Meeting the internationally agreed standard on exchange of information requires only limited exceptions to bank secrecy rules and would not undermine the confidence of citizens in the protection of their privacy.

**avstriis respublikasa**

**da**

**saqarTvelos Soris**

**2005 wlis 11 aprils q.venaSi xelmoweril Semosavlebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan  
acilebis Sesaxeb SeTanxmebaSi cvlilebebis Setanis**

**oqmi da damatebiTi oqmi**

avstriis respublikas da saqarTvelos, surT ra gaaformon oqmi da 2005 wlis 11 aprils q.venaSi xelmoweril Semosavlebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan acilebis Sesaxeb SeTanxmebaSi cvlilebebis Setanis damatebiTi oqmi (SemdegSi “SeTanxmabad” wodebuli),

SeTanxmdnen Semdegze:

muxli 1

SeTanxmehis me-10 muxli Camoyalibdes Semdegi redaqqiiT:

**“muxli 10****dividendebi**

1. xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti kompaniis mier meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidentisaTvis gadaxdili dividendebi SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.
2. a) amasTan, aseTi dividendebi agreTve SeiZleba daibegros im xelSemkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentsac warmoadgens dividendebis gadamxdeli kompania, am saxelmwifos Sidasaxelmwifoebriivi kanonmdeblobis Sesabamisad, magram Tu dividendebis beneficiuri mflobeli warmoadgens meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidents, maSin aseTi saxiT dakisrebuli gadasaxadi ar unda aRematebodes dividendebis mTliani raodenobis 10 procents.  
  
b) Tu beneficiur mflobels warmoadgens kompania (amxanagobis garda), romelic pirdapir flobs dividendebis gadamxdeli kompaniis kapitalis aranakleb 10%, am SemTxvevaSi dividendebi daibegreba mxolod im xelSemkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentsac warmoadgens dividendebis beneficiuri mflobeli.

es punqti ar gavrceldeba kompaniis im mogebis dabegvraze, saidanac gadaixdeba dividendebi.

3. am muxlSi gamoyenebisas, termini “dividendebi” niSnavs Semosavals aqciebidan, “jouissance”-is aqciebidan an “jouissance”-is uflebebidan, samTo saqmianobasTan dakavSirebuli aqciebidan, damfuZnebelTa aqciebidan an sxva uflebebidan, Tu isini ar warmoadgenen mogebaSi monawile savale moTxovnebs, aseve Semosavals sxva korporaciuli uflebebidan, romelic eqvemdebareba iseTive sagadasaxado regulirebas, rogorsac aqciebidan miRebuli Semosavali, im xelSemkvrel saxelmwifoSi moqmedi kanonmdeblobis Sesabamisad, romlis rezidentsac warmoadgens mogebis gamanawilebeli kompania.
4. am muxlis pirveli da me-2 punqtis debulebebi ar gamoiyeneba, Tu dividendebis beneficiur mflobels warmoadgens meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti da axorcielebs saqmianobas meore xelSemkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentia dividendebis gadamxdeli kompania, iq arsebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT da floba, romlis safuZvelzec dividendebis gadaxda uSualod ukavSirdeba aseT mudmiv dawesebulebas. am SemTxvevaSi gamoiyeneba me-7 muxlis debulebebi.
5. rodesac xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti kompania meore xelSemkvrel saxelmwifoSi iRebs Semosavals an mogebas, am meore saxelmwifos ar SeuZlia kompanias daakisros gadasaxadi gadaxdil dividendebze, garda im SemTxvevisa, rodesac aseTi dividendebis gadaxda xdeba am meore saxelmwifos rezidentisaTvis an rodesac flobis safuZvelze gadaxdili dividendebi uSualod

ukavSirdeba am meore saxelmwifoSi arsebul mudmiv dawesebulebas. meore saxelmwifos aseve ar SeuZlia dabegros kompaniis gaunawilebeli mogeba im SemTxvevaSic ki, Tu gadaxdili dividende bi an gaunawilebeli mogeba mTlianad an nawilobriv Sedgeba am meore saxelmwifoSi warmoSobili mogebidan an Semosavlidan.”

## muxli 2

SeTanxmehis 26-e muxli Camoyalibdes Semdegi redaqqiT:

### **“muxli 26 informaciis gacvla**

1. xelSemkvrel saxelmwifoTa kompetenturma organoebma unda gacvalon iseTi informacia, romelic savaraudod saWiro iqneba am SeTanxmehis debulebaTa Sesaruleblad an Sidasaxelmwifoebri vi kanonmdeblobis administrirebis an gatarebis mizniT xelSemkvreli saxelmwifoebis, an maTi administraciuli erTeulebis an adgilobrivi TviTmmarTvelobis organoebis mier dawesebul nebismieri saxisa da aRwerilobis gadasaxadebTan mimarTebaSi, romlebiT dabegvra ar ewinaaRmdegeba am SeTanxmehas. informaciis gacvla ar aris SezRuduli pirveli da me-2 muxlebiT.
2. xelSemkvreli saxelmwifos mier am muxlis pirveli punqtis Sesabamisad miRebuli nebismieri informacia iTvleba saidumlod, iseve, rogorc am saxelmwifos Sidasaxelmwifoebri vi kanonmdeblobis farglebSi miRebuli informacia da maTze wvdoma SeuZliaT mxolod im pirebs an organoebis (sasamarTloebisa da administraciuli organoebis CaTvliT), romelTa kompetencias warmoadgens im gadasaxadebis Sefaseba an Segroveba, iZulebiTi wesiT amoReba an sasamarTlo warmoeba an im gadasaxadebTan dakavSirebuli sarCelebis ganxilva, romlebsac exe ba am muxlis pirveli punqti an zemoaRniSnulis zedamxedveloba. es pirebi an organoebi am informacias gamoiyeneben mxolod amgvari miznebisTvis. maT SeuZliaT am informaciis gamoyeneba sasamarTlos Ria sxdomaze an samarTlebrivi gadawyvetilebebis miRebis dros. aseT SemTxvevebSic ki, pirovnebasTan dakavSirebuli informaciis konfidencialuroba SesaZloa dairRves mxolod imdenad, ramdenadac es aucilebelia sxva piris kanonieri interesebis an sazogadoebrivi interesebis dasacavad. miuxedavad amisa, xelSemkvreli saxelmwifos mier miRebuli informaciis gamoyeneba SesaZlebelia sxva miznebisTvisac, rodesac amgvari informaciis am miznebisTvis gamoyeneba SesaZlebelia xelSemkvreli saxelmwifoebis Sidasaxelmwifoebri vi kanonmdeblobisa da informaciis mimwodebeli saxelmwifos kompetenturi organos nebarTvis safuZvelze.
3. am muxlis pirveli da me-2 punqtebis debulebebi arc erT SemTxvevaSi ar unda iqnes gagebuli ise, TiTqos xelSemkvrel saxelmwifos ekisreba valdebuleba:
  - a) gaataros administraciuli RonisZiebebi, romlebic ewinaaRmdegeba erT-erT xelSemkvrel saxelmwifoSi moqmed kanonmdeblobas an administraciul praqtikas;

- b) miawodos informacia, romlis mopoveba ar aris nebadarTuli erT an meore xelSemkvrel saxelmwifoSi moqmedi kanonmdeblobiT an Cveulebrivi administraciuli praqtikiT;
- c) miawodos informacia, romelmac SesaZloa gaamJRavnos nebismieri savaWro, samewarneo, samrewvelo, komerciuli an profesiuli saidumloeba an savaWro procesi, an iseTi informacia, romlis gamJRavnebac ewinaaRmdegeba saxelmwifo politikis usafrTxoebas (sazogadoebriv wesrigs) an saxelmwifos mier miniWebul ZiriTad uflebebs, kerZod informaciis dacvis sferoSi.
4. Tu erTi xelSemkvreli saxelmwifo informacias moiTxovs am muxlis debulebaTa Sesabamisad, meore xelSemkvrel saxelmwifom unda uzrunvelyos Sesabamisi RonisZiebaTa gatareba moTxovnili informaciis mosapoveblad, miuxedavad imisa, esaWiroeba Tu ara amgvari informacia meore xelSemkvrel saxelmwifos Tavisi sagadasaxado miznebisaTvis. wina winadadebaSi aRniSnuli valdebuleba eqvemdebareba me-3 punqtiT gansazRvrul SezRudvebs, magram es SezRudvebi arc erT SemTxvevaSi ar unda iqnes gagebuli ise, TiTqos xelSemkvrel saxelmwifos eniWeba ufleba ganaxados uari informaciis miwodebaze mxolod im mizeziT, rom amgvari informacia mas ar esaWiroeba Sidasaxelmwifoebriivi interesebisaTvis.
5. me-3 punqtis debulebebi arc erT SemTxvevaSi ar unda iqnes gagebuli ise, TiTqos xelSemkvrel saxelmwifos eniWeba ufleba uari ganaxados informaciis miwodebaze mxolod im mizeziT, rom informacia bankis, sxva finansuri institutis, ndobiT aRWurvili piris, agentis an mindobili mesakuTres gankargulebaSia an ukavSirdeba piris sakuTrebis uflebis interesebs.”

### muxli 3

xelSemkvreli saxelmwifoebi diplomatiuri arxebis meSveobiT erTmaneTs acnobeben am oqmis ZalaSi SesvlisaTvis gansazRvruli Sidasaxelmwifoebriivi procedurebis dasrulebis Sesaxeb. es oqmi ZalaSi Sedis ukanaskneli werilobiTi Setyobinebis miRebis dRidan mesame Tvis pirvel dRes. am oqmis debulebebi imoqmedeben im sagadasaxado periodis ganmavlobaSi, romelic iwyeba am oqmis ZalaSi Sesvlis wlis momdevno kalendaruli wlis pirvel ianvars an mis Semdeg.

ris dasturadac am oqms xeli moaweres xelSemkvreli saxelmwifoebis saTanado uflbamosilebiT aRWurvilma pirebma.

Sedgenilia 2012 wlis venaSi q. 04. 06. 2012 , or dednad, TiToeuli germanul, qarTul da inglisur enebze, amasTan yvela teqsti Tanabrad auTenturia. debulebaTa ganmartebasTan dakavSirebiT uTanxmoebis warmoSobis SemTxvevaSi upiratesoba mieniWeba teqsts inglisur enaze.

**avstriis respublikis  
saxeliT**  
Andreas Schieder m.p.

**saqarTvelos  
saxeliT**  
Paata Gaprindashvili m.p.

## damatebiTi oqmi

xelSemkvreli saxelmwifoebis uflebamosili pirebi avstriis respublikasa da saqarTvelos Soris 2005 wlis 11 aprils q. venaSi xelmoweril Semosavlebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan acilebisa da gadasaxadebis gadauxdelobis aRkveTis Sesaxeb SeTanxmebaSi cvlilebebis Setanis oqmis xelmoweris dros SeTanxmden, rom Semdegi debulebebi ganxilos oqmis ganuyofel nawilad:

26-e muxls daematos Semdegi debulebebi:

- (i) am SeTanxmebis Tanaxmad moTxovnis wardgenisas, ganmcxadebeli mxaris kompetenturma organom moTxovnis mimRebi mxaris kompetentur organos unda miawodos am moTxovnis savaraudo saWiroebis damadasturebeli Semdegi informacia:
  - a) Ziebas an Semowmebas daqvemdebarebuli piris vinaoba;
  - b) moTxovnili informaciis Sinaarsi da forma, romelsac moiTxovs ganmcxadebeli mxare informaciis misaRebad;
  - c) sagadasaxado miznebi, romlisTvisac moiTxoveba informacia;
  - d) dasabuTeba, rom moTxovnili informacia gaaCnia MmoTxovnis mimReb xelSemkvrel mxares an flobs an akontolebs piri, romelzec vrceldeba moTxovnis mimRebi mxaris iurisdicqia;
  - e) ramdenadac cnobilia, im piris saxeli/dasaxeleba da misamarTi, romelic savaraudod unda flobdes moTxovnil informacias;
  - f) ganmarteba, rom ganmcxadebelma mxarem gamoiyena yvela SesaZlebloba Tavis teritoriaze informaciis mosapoveblad, garda imisa, romelic gamoiwvevda araTanazomieri sirTuleebis warmoqmnas.
- (ii) igulisxmeba, rom 26-e muxlSi aRniSnuli informaciis gacvla ar moicavs im RonisZiebaTa gatarebas, romlebic gamoiyeneba makomprometirebeli informaciis mosapoveblad;
- (iii) igulisxmeba, rom 26-e muxlis me-5 punqti ar moiTxovs xelSemkvrel saxelmwifoebisgan informaciis gacvlas spontanur an avtomatur reJimSi;

- (iv) igulisxmeba, rom garda zemoTxsenebuli principebisa – 26-e muxlis interpretirebisaTvis agreTve gamoiyeneba OECD-is komentarebi, maT Soris OECD-is samdivnos mier momzadebuli teqnikuri SeniSvnebi, romelic danarTis saxiT erTvis am damatebiT oqms.

ris dasturadac am damatebiT oqms xeli moaweres xelSemkvreli saxelmwifoebis saTanado uflbamosilebiT aRWurvilma pirebma.

Sedgenilia 2012 wlis venaSi q. 04. 06. 2012 , or dednad, TiToeuli germanul, qarTul da inglisur enebze, amasTan yvela teqsti Tanabrad auTenturia. debulebaTa ganmartebasTan dakavSirebiT uTanxmoebis warmoSobis SemTxvevaSi upiratesoba mieniWeba teqsts inglisur enaze.

**avstriis respublikis**  
**saxeliT**  
Andreas Schieder m.p.

**saqarTvelos**  
**saxeliT**  
Paata Gaprindashvili m.p.



*danarTi***OECD-is samodelo sagadasaxado konvenciis 26-e muxlis me-5 punqtis teqnikuri komentari**

OECD-is samodelo sagadasaxado konvenciis 26-e muxlis me-5 punqtis Sesabamisad, sabanko saidumloeba ar abrkolebs sagadasaxado miznebisaTvis informaciis gacvlas. 26-e muxli agreTve iTvaliswinebs gadasaxadis gadamxdelis informaciis konfidencialurobis dacvisaTvis saWiro RonisZiebebs.

konvenciis modelis Sesabamisad, informaciis gacvla xorcieldeba mxolod moTxovnis safuZvelze. moTxovnis wardgenisas, informaciis gacvla SesaZlebelia mxolod im SemTxvevSi, rodesac es informacia savaraudod saWiro iqneba xelSemkvreli mxaris Sidasaxelmwifoebri vi kanonmdeblobis administrirebis an gatarebis miznebisaTvis. mxareeb ar aqvT ufleba moiZion mtkicebulebebi (“fishing expeditions”) an moiTxovon iseTi informacia, romelic arsobrivad ar Seesabameba aRniSnuli gadamxdelis sagadasaxado saqmianobas. moTxovnis warmdgenma kompetenturma organom unda daadsturos moTxovnili informaciis savaraudo saWiroeba moTxovnis miznebisaTvis. magaliTad, saxelmwifos ar aqvs ufleba usafuZvlod moiTxovos informacia misi rezidentis mier meore saxelmwifos bankSi gaxsnili sabanko angariSebis Sesaxeb. agreTve, gadasaxadis gadamxdelis auditoruli Semowmebis drosac ki, sagadasaxado administracias ar aqvs ufleba moiTxovos informacia gadasaxadis konkretul gadamxdelze, rodesac arcerTi garigeba an miTiTeba SesaZlo garigebis arsebobaze ar ukavSirdeba meore saxelmwifos. meores mxriv, magaliTad, rodesac sagadasaxado administracia afasebs gadasaxadis konkretuli gadamxdelis sagadasaxado valdebulebebs da aqvs eWvi, rom mas gaaCnia meore saxelmwifoSi sabanko angariSi, kompetentur organos ufleba aqvs moiTxovos informacia am konkretuli gadamxdelis Sesaxeb. amgvari moTxovna aseve SesaZlebelia, magaliTad rigi gadamxdelbis mier meore saxelmwifoSi mdebare bankis ofSoruli sakredito baraTebis flobis faqtis gamovlenisas. miuxedavaT amisa, Txovnis warmdgenma saxelmwifom Tavis teritoriaze unda uzrunvelyos yvela RonisZiebis gatareba moTxovnili informaciis mosapoveblad. aRniSnuli sakiTxis detalurad ganxilvis mizniT, ixileT OECD-is samodelo sagadasaxado konvenciis 26-e muxlis da informaciis gacvlis samodelo SeTanxmehis me-5 muxlis komentarebi.

gacvlili informacia eqvemdebareba konfidencialurobis mkacr wesebs. 26-e muxliSi naTladaa asaxuli, rom amgvarad gacvlili informacia iTvleba saidumlod da misi gamoyeneba nebadarTulia mxolod konvenciaSi aRniSnul SemTxvevSi. yvela saxelmwifoSi dawesebulia administraciuli an sisxlis samarTlis sanqciebi saidumloebis darRvevis SemTxvevaSi. Cveulebriv, meore saxelmwifodan miRebuli gadasaxadebTan dakavSirebuli informaciis nebarTvis gareSe gamJRavneba warmoadgens sisxlis samarTlis danaSauls da dasjadia Tavisuflebis aRkveTiT.

aRniSnuli ganmartebidan gamomdinare, romelic SesaZlebelia ixiloT OECD-is samodelo sagadasaxado konvenciis komentarebSi da agreTve informaciis gacvlis Sesaxeb OECD-is saxelmZRvaneloSi, sabanko saidumloeba ar aris SeuTavsebeli sagadasaxado miznebisaTvis informaciis efeqtur gacvlasTan. yvela saxelmwifos gaaCnia sabanko saidumloebis an

konfidentialurobis wesebi. saerTaSoriso standartebis Sesruleba informaciis gacvlis sferoSi moiTxovs sabanko saidumloebis wesebidan mxolod ramdenime gamonaklisis daSvebas da ar arRvevs moqalaqeebis piradi informaciis konfidentialurobas.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2006

Ausgegeben am 21. März 2006

Teil III

---

**60. Abkommen zwischen der Republik Österreich und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll**  
(NR: GP XXII RV 892 AB 1039 S. 122. BR: AB 7381 S. 725.)

---

### 60.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll wird genehmigt.

#### **Abkommen zwischen der Republik Österreich und Georgien zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll**

[deutscher Vertragstext siehe Anlagen]

[englischer Vertragstext siehe Anlagen]

[georgischer Vertragstext siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 9. November bzw. 29. Dezember 2005 abgegeben; das Abkommen tritt daher gemäß seinem Art. 28 Abs. 2 mit 1. März 2006 in Kraft.

#### **Schüssel**

**ABKOMMEN  
ZWISCHEN  
DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND GEORGIEN  
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG  
AUF DEM GEBIETE DER STEUERN VOM EINKOMMEN  
UND VOM VERMÖGEN**

Die Republik Österreich und Georgien, von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Beziehungen durch den Abschluss eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu fördern,

haben Folgendes vereinbart:

## Artikel 1

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

## Artikel 2

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in Österreich:

1. die Einkommensteuer;
2. die Körperschaftsteuer;
3. die Grundsteuer;
4. die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben; und
5. die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);

b) in Georgien:

1. die Steuer vom Gewinn der Unternehmen;
2. die Steuer vom Vermögen der Unternehmen;
3. die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen; und
4. die Steuer vom Vermögen der natürlichen Personen;

(im Folgenden als "georgische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle von beiden Vertragsstaaten erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

- a) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
- b) bedeutet der Ausdruck "Georgien" das von der internationalen Gemeinschaft anerkannte Gebiet innerhalb der Staatsgrenzen Georgiens, einschließlich der Landfläche, der Binnengewässer und Hoheitsgewässer und des darüber befindlichen Luftraums, hinsichtlich dessen Georgien seine Hoheitsgewalt ausübt, sowie das ausschließliche Wirtschaftsgebiet und den Festlandsockel, der an seine Hoheitsgewässer angrenzt, hinsichtlich derer Georgien seine Hoheitsrechte in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ausüben darf;
- c) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Georgien;
- d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- f) bezieht sich der Ausdruck "Unternehmen" auf die Ausübung einer Geschäftstätigkeit;
- g) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
- h) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen mit tatsächlicher Geschäftsleitung in einem Vertragsstaat betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- i) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
  - i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - ii) in Georgien: das Finanzministerium oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
- j) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
  - i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit oder Staatsbürgerschaft eines Vertragsstaats besitzt; und
  - ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in diesem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;
- k) schließt der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" auch die Ausübung einer freiberuflichen oder sonstigen selbständigen Tätigkeit ein.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die

Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

#### Artikel 4

### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und seine Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 dieses Artikels eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so regeln die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten die Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 dieses Artikels eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

#### Artikel 5

### **BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,

- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt und
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebstätte, wenn ihre Dauer sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e dieses Absatzes genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 dieses Artikels - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 dieses Artikels so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 dieses Artikels genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.



## Artikel 6

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 dieses Artikels gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens.

## Artikel 7

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 dieses Artikels in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile

zu ermitteln, schließt Absatz 2 dieses Artikels nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

## Artikel 8

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der Seeschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person ansässig ist, die das Schiff betreibt.

(3) Absatz 1 dieses Artikels gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

## Artikel 9

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser

Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

## Artikel 10

### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 0 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar oder mittelbar über mindestens 50 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und mehr als 2 Millionen Euro oder den Gegenwert in georgischer Währung in das Kapital der die Dividenden zahlenden Gesellschaft investiert hat;
- b) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar oder mittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und mehr als 100.000 Euro oder den Gegenwert in georgischer Währung in das Kapital der die Dividenden zahlenden Gesellschaft investiert hat;
- c) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 dieses Artikels sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen, wenn diese Person der Nutzungsberechtigte ist, nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 dieses Artikels sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebstätte eingegangen worden und trägt die Betriebstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### **LIZENZGEBÜHREN**

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und deren Nutzungsberechtigter eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person ist, dürfen nur im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Absatz 1 dieses Artikels ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 13

### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2 und 3 dieses Artikels nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

(5) Absatz 4 dieses Artikels berührt nicht das Recht eines Vertragsstaats, nach seinem Recht Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Gesellschaft zu besteuern, die eine natürliche Person bezieht, die in einem Vertragsstaat ansässig ist und im erstgenannten Vertragsstaat zu irgendeinem Zeitpunkt während der fünf Jahre, die unmittelbar der Veräußerung des Vermögens vorangehen, ansässig war.

#### Artikel 14

### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 17, 18 und 19 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr betrieben wird, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

#### Artikel 15

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

## Artikel 16

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7 und 14 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließende Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7 und 14 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn der Aufenthalt in diesem Staat ganz oder überwiegend aus öffentlichen Mitteln des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer als gemeinnützig anerkannten Einrichtung unterstützt wird, oder wenn diese Tätigkeit auf Grund eines Kulturübereinkommens zwischen den Vertragsstaaten ausgeübt wird. In diesem Fall dürfen die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem die Person ansässig ist.

## Artikel 17

### **RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 18 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 18

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden;
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat,

der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden;

- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.

(3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 14, 15, 16 oder 17 anzuwenden.

#### Artikel 19

### **STUDENTEN**

(1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

(2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den anderen Staat ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er im anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, dürfen im anderen Staat nicht besteuert werden, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

#### Artikel 20

### **HOCHSCHULLEHRER, LEHRER UND WISSENSCHAFTLICHE FORSCHER**

(1) Ein Hochschullehrer, Lehrer oder wissenschaftlicher Forscher, der einen der Vertragsstaaten nicht länger als zwei Jahre zu Unterrichts- oder Forschungszwecken an einer Universität, einem College, einer Schule oder einer ähnlichen Bildungs- oder Forschungseinrichtung in diesem Staat besucht und der unmittelbar vor diesem Besuch im anderen Vertragsstaat ansässig war, darf mit den Vergütungen aus dieser Lehrtätigkeit oder Forschung nur im anderen Staat besteuert werden. Dieser Absatz ist jedoch nur für einen zwei Jahre nicht übersteigenden Zeitraum anzuwenden, ab dem Zeitpunkt, zu dem die natürliche Person den erstgenannten Staat für diesen Zweck erstmals besucht.

(2) Dieser Artikel ist nur dann auf Einkünfte aus der Forschung anzuwenden, wenn die natürliche Person diese Forschung im öffentlichen Interesse und nicht in erster Linie zum Vorteil einer anderen Privatperson oder anderer Privatpersonen betreibt.



## Artikel 21

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 dieses Artikels ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

## Artikel 22

### **VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 23

### **VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung**

Die Doppelbesteuerung wird wie folgt vermieden:

(1) In Österreich:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Georgien besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach Artikel 10 in Georgien besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen

dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Georgien gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Georgien bezogenen Einkünfte entfällt.

- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Georgien:

Bezieht eine in Georgien ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Georgien auf die vom Einkommen oder Vermögen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht.

Der anzurechnende Betrag darf jedoch in beiden Fällen den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer vom Einkommen oder vom Vermögen nicht übersteigen, der auf die Einkünfte, die in Österreich besteuert werden dürfen, oder auf das Vermögen, das in Österreich besteuert werden darf, entfällt.

#### Artikel 24

### **GLEICHBEHANDLUNG**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.

(2) Staatenlose, die in einem Vertragsstaat ansässig sind, dürfen in keinem Vertragsstaat einer Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des betreffenden Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(3) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(4) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 5 oder Artikel 12 Absatz 4 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug

zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(5) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(6) Dieser Artikel gilt für Steuern, die Gegenstand dieses Abkommens sind.

#### Artikel 25

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 24 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

Artikel 26**INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen. Auch in einem solchen Fall darf die Vertraulichkeit personenbezogener Daten nur durchbrochen werden, soweit dies zur Wahrung überwiegender berechtigter Interessen eines Anderen oder überwiegender öffentlicher Interessen notwendig ist.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder international anerkannten Grundsätzen, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 27**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER  
VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28**IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Jeder Vertragsstaat teilt dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg den Abschluss der für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens nach seinem Recht erforderlichen Verfahren mit.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der dem Monat unmittelbar folgt, in dem die spätere dieser Mitteilungen von den Vertragsstaaten erhalten wird, wonach die für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens erforderlichen gesetzlichen Verfahren abgeschlossen sind. Dieses Abkommen findet für alle Steuerjahre Anwendung, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29**KÜNDIGUNG**

Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einem Vertragsstaat gekündigt wird. Jeder Vertragsstaat kann das Abkommen mindestens sechs Monate vor Ablauf eines Kalenderjahres nach Ablauf eines Zeitraums von fünf Jahren nach seinem In-Kraft-Treten durch eine schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg kündigen. In diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung auf Steuerjahre, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem die Kündigung erfolgt ist.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. April 2005, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache. Alle Texte sind gleichermaßen authentisch. Bestehen zwischen dem deutschen und georgischen Text Abweichungen, ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich

Für Georgien:

Ursula Plassnik

Salomé Zourabishvili

## PROTOKOLL

Im Zeitpunkt der Unterzeichnung des Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, das heute zwischen der Republik Österreich und Georgien abgeschlossen wurde, sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil dieses Abkommens bilden.

## 1. Zu Artikel 2 Absatz 1

Es besteht Einvernehmen, dass im Fall Georgiens der Ausdruck "Gebietskörperschaften" territorial-administrative Unterabteilungen bedeutet.

## 2. Zu Artikel 3 Absatz 1 lit. k

Es besteht Einvernehmen, dass im Fall Georgiens der Ausdruck "Geschäftstätigkeit" dieselbe Bedeutung hat wie "wirtschaftliche Tätigkeiten".

## 3. Zu Artikel 3 Absatz 1

Es besteht Einvernehmen, dass der Ausdruck "Vermögen" bewegliches und unbewegliches Vermögen bedeutet. Er umfasst insbesondere – ohne jedoch darauf beschränkt zu sein - Bargeld, Anteile oder andere Urkunden, die als Nachweis für Eigentumsrechte und Obligationen oder andere Schuldverpflichtungen dienen. Er umfasst auch Patente, Marken, Urheberrechte oder ähnliche Rechte und Vermögenswerte.

## 4. Zu Artikel 7

Es besteht Einvernehmen, dass der Ausdruck "Gewinne" die Gewinne umfasst, die ein Gesellschafter aus seiner Beteiligung an einer Personengesellschaft bezieht.

## 5. Zu Artikel 13 Absatz 5

Es besteht Einvernehmen, dass das Besteuerungsrecht des Vertragsstaats, in dem der Steuerpflichtige ansässig war, auf den Wertzuwachs der Anteile beschränkt ist, der während des Zeitraums angefallen ist, in dem der Steuerpflichtige in diesem Staat ansässig war.

## 6. Zu Artikel 16 Absatz 3

Es besteht Einvernehmen, dass Absatz 3 auch für die Trägerkörperschaften von Orchestern, Theatern, Balletten sowie für die Mitglieder solcher Kulturträger gilt, wenn diese Trägerkörperschaften ohne Gewinnerzielung tätig sind und dies durch die zuständige Behörde im Ansässigkeitsstaat bestätigt wird.

## 7. Zu Artikel 21

- a) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären. Zu den Vergütungen im Sinne dieser lit. gehören auch Vergütungen für einen Schaden, der als Folge von Straftaten, Impfungen oder ähnlichen Gründen entstanden ist.

- b) Die in lit. a angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

## 8. Auslegung des Abkommens

Es gilt als vereinbart, dass den Abkommensbestimmungen, die nach den entsprechenden Bestimmungen des OECD-Musterabkommens auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abgefasst sind, allgemein dieselbe Bedeutung zukommt, die im OECD-Kommentar dazu dargelegt wird. Die Vereinbarung im vorstehenden Satz gilt nicht hinsichtlich der nachstehenden Punkte:

- a) alle Vorbehalte oder Bemerkungen der beiden Vertragsstaaten zum OECD-Muster oder dessen Kommentar;
- b) alle gegenteiligen Auslegungen in diesem Protokoll;
- c) alle gegenteiligen Auslegungen, auf die sich die zuständigen Behörden nach In-Kraft-Treten des Abkommens geeinigt haben.

Der OECD-Kommentar - der von Zeit zu Zeit überarbeitet werden kann - stellt eine Auslegungshilfe im Sinne des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge vom 23. Mai 1969 dar.



ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten dieses Protokoll unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 11. April 2005, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, georgischer und englischer Sprache. Alle Texte sind gleichermaßen authentisch. Bestehen zwischen dem deutschen und georgischen Text Abweichungen, ist der englische Text maßgeblich.

Für die Republik Österreich:

Ursula Plassnik

Für Georgien:

Salomé Zourabishvili

**AGREEMENT**

**BETWEEN**

**THE REPUBLIC OF AUSTRIA**

**AND GEORGIA**

**FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION**  
**WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Republic of Austria and Georgia, desiring to promote and strengthen the economic, cultural and scientific relations by concluding an Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1

**PERSONS COVERED**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2

**TAXES COVERED**

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

a) in the case of Austria:

- (i) the income tax;
- (ii) the corporation tax;
- (iii) the land tax;
- (iv) the tax on agricultural and forestry enterprises; and
- (v) the tax on the value of vacant plots;

(hereinafter referred to as "Austrian tax");

b) in the case of Georgia:

- (i) the tax on profit of enterprises;
- (ii) the tax on property of enterprises;
- (iii) the tax on income of individuals; and
- (iv) the tax on property of individuals;

(hereinafter referred to as "Georgian tax").

(4) This Agreement shall also apply to any identical or substantially similar taxes that are imposed by either Contracting State after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent

authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

### Article 3

#### **GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term "Austria" means the Republic of Austria;
- b) the term "Georgia" means the territory recognised by the international community within the state borders of Georgia, including land territory, internal waters and territorial sea, the air space above them, in respect of which Georgia exercises its sovereignty, as well as the exclusive economic zone and continental shelf adjacent to its territorial sea in respect of which Georgia may exercise its sovereign rights in accordance with the international law;
- c) the terms "a Contracting State" and "the other Contracting State" mean Austria or Georgia, as the context requires;
- d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the term "enterprise" applies to the carrying on of any business;
- g) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- h) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise that has its place of effective management in a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- i) the term "competent authority" means:
  - (i) in the case of Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
  - (ii) in the case of Georgia: the Ministry of Finance or its authorised representative;
- j) the term "national means:

- (i) any individual possessing the nationality or citizenship of a Contracting State; and
  - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in that Contracting State;
- k) the term "business" includes the performance of professional services and of other activities of an independent character;

(2) As regards the application of this Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which this Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

#### Article 4

#### **RESIDENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management or any other criterion of a similar nature, and also includes that State and any political subdivision or local authority thereof. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 of this Article an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;

d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1 of this Article a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident only of the State in which its place of effective management is situated.

## Article 5

### **PERMANENT ESTABLISHMENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop, and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources.

(3) A building site or construction or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than six months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e) of this paragraph, provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 of this Article applies - is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 of this Article which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

(6) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

(7) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

## Article 6

### **INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to

variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 of this Article shall also apply to the income from immovable property of an enterprise.

## Article 7

### **BUSINESS PROFITS**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3 of this Article, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 of this Article shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.



(6) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(7) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

#### Article 8

### **SHIPPING AND AIR TRANSPORT**

(1) Profits from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(2) If the place of effective management of a shipping enterprise is aboard a ship, then it shall be deemed to be situated in the Contracting State in which the home harbour of the ship is situated, or, if there is no such home harbour, in the Contracting State of which the operator of the ship is a resident.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

#### Article 9

### **ASSOCIATED ENTERPRISES**

(1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10

### **DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company, which is a resident of a Contracting State, to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, but the tax so charged shall not exceed:

- a) 0 per cent of the gross amounts of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly or indirectly at least 50 per cent of the capital of the company paying the dividends and has invested more than 2 million Euro, or its equivalent in Georgian currency, in the capital of the company paying the dividends;
- b) 5 per cent of the gross amounts of the dividends if the beneficial owner is a company which holds directly or indirectly at least 10 per cent of the capital of the company paying the dividends and has invested more than 100,000 Euro, or its equivalent in Georgian currency, in the capital of the company paying the dividends;
- c) 10 per cent of the gross amounts of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income from other corporate rights which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 of this Article shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on

business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## Article 11

### INTEREST

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State if such resident is the beneficial owner of the interest.

(2) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(4) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment is situated.

(5) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount

which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## Article 12

### **ROYALTIES**

(1) Royalties arising in a Contracting State and beneficially owned by a resident of the other Contracting State shall be taxable only in that other State.

(2) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work including cinematograph films, any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

(4) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the use, right or information for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

## Article 13

### **CAPITAL GAINS**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a

permanent establishment (alone or with the whole enterprise), may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2 and 3 of this Article, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

(5) The provisions of paragraph 4 of this Article shall not affect the right of a Contracting State to levy according to its law a tax on gains from the alienation of shares of a company derived by an individual who is a resident of a Contracting State and has been a resident of the first-mentioned Contracting State at any time during the five years immediately preceding the alienation of the property.

#### Article 14

### **INCOME FROM EMPLOYMENT**

(1) Subject to the provisions of Articles 15, 17, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this Article, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic, may be taxed in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

Article 15

**DIRECTORS' FEES**

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 16

**ARTISTES AND SPORTSMEN**

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7 and 14, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply to income derived from activities performed in a Contracting State by artistes or sportsmen if the visit to that State is wholly or mainly supported by public funds of the other State or political subdivisions or local authorities thereof or by an institution which is recognised as a non-profit institution, or if these activities are carried on under a cultural cooperation agreement between the Contracting States. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State in which the person is a resident.

Article 17

**PENSIONS**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 18, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

## Article 18

### **GOVERNMENT SERVICE**

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State;
- b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
- (i) is a national of that State; or
  - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State;
- b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
- (3) The provisions of Articles 14, 15, 16, and 17 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof.

## Article 19

### **STUDENTS**

- (1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.
- (2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State derives from an employment which he exercises in the first-mentioned State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year

concerned shall not be taxed in the first-mentioned State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in that other State.

#### Article 20

### **PROFESSORS, TEACHERS AND SCIENTIFIC RESEARCHERS**

(1) A professor, teacher or scientific researcher who visits one of the Contracting States for a period not exceeding two years for the purpose of teaching or engaging in research at a university, college, school or other establishment for teaching or research in that State, and who immediately before that visit was a resident of the other Contracting State, shall be taxable only in that other State on any remuneration for such teaching or research. However, this paragraph shall apply only for a period not exceeding two years from the date the individual first visits the first-mentioned State for such purpose.

(2) The provisions of this Article shall apply to income from research only if such research is undertaken by the individual in the public interest and not primarily for the benefit of some other private person or persons.

#### Article 21

### **OTHER INCOME**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment. In such case the provisions of Article 7 shall apply.

#### Article 22

### **CAPITAL**

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.



(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic and by movable property pertaining to the operation of such ships and aircraft, shall be taxable only in the Contracting State in which the place of effective management of the enterprise is situated.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

### Article 23

#### **ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION**

Double taxation shall be eliminated as follows:

(1) In Austria:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Georgia, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) and c), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Article 10, may be taxed in Georgia, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Georgia. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Georgia.
- c) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(2) In Georgia:

Where a resident of Georgia derives items of income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Austria, Georgia shall allow as a deduction from the tax on the income or capital of that resident an amount equal to the tax paid in Austria.

Such deduction in either case shall not, however, exceed that part of the income tax or capital tax, as computed before the deduction is given, which is attributable, as the case may be, to the income or the capital which may be taxed in Austria.

## Article 24

### **NON-DISCRIMINATION**

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected. This provision shall, notwithstanding the provisions of Article 1, also apply to persons who are not residents of one or both of the Contracting States.

(2) Stateless persons who are residents of a Contracting State shall not be subjected in either Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of the State concerned in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(3) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(4) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 5 of Article 11, or paragraph 4 of Article 12, apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(5) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(6) The provisions of this Article shall apply to the taxes which are the subject of this Agreement.

## Article 25

### **MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE**

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident or, if his case comes under paragraph 1 of Article 24, to that of the Contracting State of which he is a national. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with this Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in this Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

## Article 26

### **EXCHANGE OF INFORMATION**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning taxes covered by this Agreement insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Agreement. The exchange of information is not restricted by Article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to

persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in the first sentence. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions. Even in such cases the confidentiality of person-related data may be waived only insofar as this is necessary to safeguard predominantly legitimate interests of another person or predominantly public interests.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 of this Article be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*), or to internationally accepted principles, in particular in the area of data protection.

#### Article 27

### **MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

#### Article 28

### **ENTRY INTO FORCE**

(1) Each of the Contracting States shall notify the other through diplomatic channels of the completion of the procedures required by its law for the entry into force of this Agreement.

(2) This Agreement shall enter into force on the first day of the third month next following the receipt of latter notification from the Contracting States indicating the completion of the legal procedures necessary for the entry into force of this Agreement. This Agreement shall have effect in respect of taxes for any fiscal year

beginning on or after 1 January in the calendar year next following that in which the Agreement enters into force.

Article 29

**TERMINATION**

This Agreement shall remain in force until terminated by a Contracting State. Either of the Contracting State may after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, terminate this Agreement, by giving written notice of termination to the other Contracting State through the diplomatic channels at least six months before the expiration of calendar year. In such event, this Agreement shall cease to have effect in respect of the taxes for any fiscal year beginning on or after 1 January in the calendar year next following that in which the notice of termination has been given.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Agreement.

DONE in duplicate at Vienna, on the 11th April of 2005, in the German, Georgian and English languages. All texts being equally authentic. In case of any divergence between the German and Georgian texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

For Georgia:

Ursula Plassnik

Salomé Zourabishvili

## PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and on capital, this day concluded between the Republic of Austria and Georgia, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement.

1. With reference to paragraph 1 of Article 2:

It is understood that in the case of Georgia the term "political subdivisions" means territorial-administrative subdivisions.

2. With reference to subparagraph k) of paragraph 1 of Article 3:

It is understood that in the case of Georgia the term "business" has the same meaning as "economic activities".

3. With reference to paragraph 1 of Article 3:

It is understood that the term "capital" means movable and immovable property. It includes especially, but is not limited to, cash, shares or other documents evidencing property rights and bonds or other debt liabilities. It also includes patents, trade marks, copyrights or similar rights and property.

4. With reference to Article 7:

It is understood that the term "profits" includes the profits derived by any partner from his participation in any partnership.

5. With reference to paragraph 5 of Article 13:

It is understood that the taxation right of the Contracting State where the taxpayer was a resident is limited to the increase in value of shares that has accumulated during the period the taxpayer was a resident of that State.

6. With reference to paragraph 3 of Article 16:

It is understood that paragraph 3 shall also apply to legal entities which carry on orchestras, theatres, ballet groups as well as to members of such cultural entities if such legal entities are non-profit making entities and if this is certified by the competent authority of the State of residence.

7. With reference to Article 21:

- a) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting state. For the purposes of the provisions of this sub-paragraph such remuneration shall also include remuneration for damage resulting from crimes, vaccinations or similar reasons.
- b) The income mentioned in sub-paragraph a) shall not be taken into consideration when applying the exemption with progression method.

#### 8. Interpretation of the Agreement:

It is understood that provisions of the Agreement which are drafted according to the corresponding provisions of the OECD Model Convention on Income and on Capital shall generally be expected to have the same meaning as expressed in the OECD Commentary thereon. The understanding in the preceding sentence will not apply with respect to the following:

- a) any reservations or observations to the OECD Model or its Commentary by either Contracting State;
- b) any contrary interpretations in this Protocol;
- c) any contrary interpretation agreed to by the competent authorities after the entry into force of the Agreement.

The OECD Commentary - as it may be revised from time to time - constitutes a means of interpretation in the sense of the Vienna Convention of 23 May 1969 on the Law of Treaties.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States, duly authorised thereto, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna, on the 11th April of 2005, in the German, Georgian and English languages. All texts being equally authentic. In case of any divergence between the German and Georgian texts, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

For Georgia:





S e T a n x m e b a  
avstriis respublikasa  
da  
saqarTve los  
Sor is

Semosav lebsa da kapitalze  
ormagi dabegvris Tavidan acilebis Sesaxeb

avstriis respublika da saqarTvelo, surT ra xeli Seuwyon  
da gaaZlieron ekonomikuri, kulturuli da samecniero  
urTierTobebi Semosav lebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan  
acilebis SeTanxmebis dadebis gziT,

SeTanxmchnen Semdegze:

m u x l i 1

pirebi, rom lebzec vrce ldeba SeTanxmeba

es SeTanxmeba gamoiyeneba im pirTa mimarT, romlebic warmo adgenen erTi, an orive xelSemkvreli saxelmwifos rezidentebis.

## მუხლი 2

გადასახადები, რომლებიც ვრცელდება SeTanxmeba

1. es SeTanxmeba gamoiyeneba Semosavlebsa da kapitalze im გადასახადების მიმართ, რომელთა დაკისრება ხდება xelSemkvreli saxelmwifos ან მისი პოლიტიკური კვდანაყოფების ან ხელისუფლების ადგილობრივი ორგანოების მიერ, მატი გადახდის ვისი მიუხედავად.

2. Semosavlebsa da kapitalze გადასახადები იტვლება ყველა ის გადასახადი, რომლითაც იბეგრება Semosavლის მტლიანი ტანხა, მტლიანი კაპიტალი ან Semosavლის ან კაპიტალის ცალკეული ელემენტი, უზრავი ან მოზრავი კონების გახვიებით მირეული Semosavლებზე გადასახადების, საუარმოს მიერ გადახდილი ხელფასი ან გასამრჯელოს მტლიანი ტანხებზე გადასახადების, აგრეთვე კაპიტალის რირებულების მათეხიდან მირეული Semosavლებზე გადასახადების ცატვლით.

3. არსებული გადასახადები, რომლებიც ვრცელდება es SeTanxmeba:

a) ავსტრიის რესპუბლიკის SemTxvevasi:

- (i) სასემოსავლო გადასახადი;
  - (ii) კორპორაციული გადასახადი;
  - (iii) მივის გადასახადი;
  - (iv) სოფლის და სათეო მეურნეობის საუარმოების გადასახადი; და
  - (v) გამოყენებელი მივის ნაკვეთებზე გადასახადი;
- (SemdgomSi -ავსტრიის გადასახადი-);

b) საკარტველოს SemTxvevasi:

- (i) საუარმოთა მოგების გადასახადი;
- (ii) საუარმოთა კონების გადასახადი;

(iii) fizikur pirTa saSemosavlo gadasaxadi; da

(iv) fizikur pirTa qonebis gadasaxadi;

(SemdgomSi -saqarTvelos gadasaxadi~).

4. es SeTanxmeba gamoiyeneba agreTve yela identuri an arsebitad analogiuri gadasaxadebis mimarT, romlebic am SeTanxmebaze xelmoweris Semdeg iqneba dawesebuli arsebuli gadasaxadebis damatebit an maT nacvlad. xelSemkvrel saxelmwifoTa kompetenturi organoebi erTmaneTs acnobeben maT sagadasaxado kanonmdelobebSi Setanili arsebiti cvlilebebis Sesaxeb.

### muxli 3

#### zogadi gansazRvrebebi

1. am SeTanxmebis miznebisatvis, Tu konteqstidan sxva ram ar gamomdinareobs:

a) termini -avstria-~niSnavs avstriis respublikas;

b) termini -saqarTvelo-~niSnavs msotlio Tanamegobrobis mier aRiarebul sivrces mis sazRvrebSi, maT Soris saxmeleto sivrces, Sida wylebsa da teritoriul zRvas, maT zemoT sahaero sivrces, romlebzec saqarTvelo axorcieles suverenitets; aseve mis teritoriul zRvasTan mimdebare gansakutrebul ekonomikur zonasa da kontinentur Selfs, romelta mimarT saqarTvelos SeuZlia ganaxorcielos Tavisi suverenuli uflebebi saerTasoris samarTlis Sesabamisad;

c) terminebi ~xelSemkvreli saxelmwifo-~da ~meore xelSemkvreli saxelmwifo-~niSnavs avstrias an saqarTvelos, konteqstis Sesabamisad;

d) termini -piri-~moicavs fizikur pirs, kompanias da pirTa nebismier sxva gaertianebas;

e) termini -kompania-~niSnavs nebismier korporaciul warmonaqmns an nebismier erTeuls, romelic gadasaxadiT dabegvris mizniT ganixileba, rogorc dabegvris subieqti;

f) termini -sawarmo-~gamoiyeneba nebismieri biznesis mimarT;

g) termini -xelSemkvreli saxelmwifos sawarmo~"da -meore xelSemkvreli saxelmwifos sawarmo~"Sesabamisad niSnavs sawarmos, romlis marTva xorcieldeba erTi xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis mier da sawarmos, romlis marTva xorcieldeba meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis mier;

h) termini -saerTasoris gadazidva~"niSnavs nebismier gadazidvas sazRvao gemebiTa da sahaero xomaldebiT, romelTa eqsploatacia xdeba sawarmos mier, romlis faqtiuri marTvis adgili mdebareobs xelSemkvrel saxelmwifoSi, im SemTxvevebis garda, rodesac sazRvao gemebisa da sahaero xomaldebis eqsploatacia xdeba mxolod meore xelSemkvrel saxelmwifoSi ganlagebul punktis Soris;

i) termini -kompetenturi organo~"niSnavs:

(i) avstriis respublikis SemTxvevaSi, finansTa federalur ministrs an mis uflebamosi warmomadgenels;

(ii) saqarTvelos SemTxvevaSi, finansTa saministros an mis uflebamosi warmomadgenels;

j) termini -nacionaluri piri~"niSnavs:

(i) nebismier fizikur pirs, romelsac aqvs xelSemkvreli saxelmwifos moqalageoba; da

(ii) nebismier iuridiul pirs, amxanagobas an asociacias, romelsac aseTi statusi miRebuli aqvs xelSemkvreli saxelmwifos moqmedi kanonmdeblobis safuZvelze;

k) termini -biznesi~" moicavs profesiuili momsaxurebis gawevas da damoukidebeli xasiaTis sxva saqmianobas.

2. xelSemkvreli saxelmwifos mier am Setanxmebis gamoyenebis dros nebismier termins, romelic ar aris masSi gansazRvruli, eqneba is mniSvneloba, rac mas eniWeba am dros am saxelmwifos kanonmdeblobiT im gadasaxadebis mimarT, romlebzec vrceldeba es Setanxmeba, Tu konteqstidan sxva ram ar gamomdinareobs. xelSemkvreli saxelmwifos sagadasaxado kanonmdeblobaSi arsebuli terminebis gansazRvrebebs upiratesoba eniWebaT im gansazRvrebebtan mimarTebaSi, romlebic maT gaaCniaT am saxelmwifos sxva kanonebiT.

muxli 4

rezidenti

1. am SeTanxmehis miznebidan gamomdinare, termini -xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti- niSnavs nebismier pirs, romelic am saxelmwifos kanonmdeblobis Sesabamisad eqvemdebareba dabegvras misi mudmivi sacxovrebeli adgilis, cxovrebis adgilis, marTvis adgilis an analogiuri Sinaarsis mqone nebismieri sxva kriteriumis safuzvelze da aseve moicavs am saxelmwifos da mis politikur qvedanayofs, an xelisuflebis adgilobriv organos. es termini, amasTan, ar moicavs pirs, romelic eqvemdebareba dabegvras am saxelmwifoSi, mxolod masSi arsebuli wyaroebidan miRebul SemosavlebTan mimarTebsi an iq ganTavsebul kapitalTan dakavSirebiT.

2. im SemTxvevaSi, rodesac am muxlis pirveli punktis debulebaTa Sesabamisad, fizikuri piri warmoadgens orive xelSemkvreli saxelmwifos rezidents, misi statusi ganisazRvreba Semdegnairad:

a) is CaiTvleba mxolod im saxelmwifos rezidentad, sadac mas aqvs mudmivi sacxovrebeli; Tu mas mudmivi sacxovrebeli aqvs orive saxelmwifoSi, is CaiTvleba mxolod im saxelmwifos rezidentad, sadac mas gaaCnia ufro mWidro piradi da ekonomikuri kavSirebi (sasicocxlo interesebis centri);

b) Tu SeuZlebelia im saxelmwifos dadgena, sadac mas aqvs sasicocxlo interesebis centri an Tu mas mudmivi sacxovrebeli adgili ar aqvs arc erT saxelmwifoSi, is CaiTvleba mxolod im saxelmwifos rezidentad, sadac igi Cveulebriv cxovrobs;

c) Tu is Cveulebriv cxovrobs orive saxelmwifoSi an ar cxovrobs arc erT maTganSi, is CaiTvleba mxolod im saxelmwifos rezidentad, romlis moqalaqesac igi warmoadgens;

d) Tu is aris orive saxelmwifos an ar aris arc erTi maTganis moqalaqe, maSin xelSemkvrel saxelmwifoTa kompetenturi organoebi sakiTxs gadawyveten urTierTSeTanxmehis safuzvelze.

3. im SemTxvevaSi, rodesac am muxlis pirveli punktis debulebaTa Sesabamisad, piri, romelic ar aris fizikuri piri, warmoadgens orive xelSemkvreli saxelmwifos rezidents, maSin igi

CaiTv l eba mxo lod im saxel mwifos rezidentad, romel Sic mdebareobs misi faqtiuri marTvis adgili.

## muxli 5

### mudmivi dawesebuleba

1. am SeTanxmebis miznebidan gamomdinare, termini -mudmivi dawesebuleba- niSnavs saqmianobis figsirebul adgils, romlis meSveobiTac sawarmos saqmianoba xorcieldeba mTlianad an nawilobrivi.

2. termini -mudmivi dawesebuleba- moicavs, kerZod:

- a) marTvis adgils;
- b) filials;
- c) ofiss;
- d) fabrika-qarxanas;
- e) saxelosnos, da
- f) maRaros, navTobis an gazis WaburRils, kariers an bunebrivi resursebis mopovebis nebismier sxva adgils.

3. samSeneblo moedani, samontaJo an saamwyobo obieqti mudmiv dawesebulebad iTvleba mxo lod maSin, Tu is arsebobs 6 Tveze meti xnis ganmavlobaSi.

4. am muxlis wina debulebaTa miuxedavad, termini "mudmivi dawesebuleba" ar moicavs:

- a) nagebobebis gamoyenebas mxo lod sawarmos kuTvnilis saqonlis an nakeTobebis maragis Senaxvis, demonstrirebis an miwodebis mizniT;
- b) saqonlis an nakeTobebis im maragebis Senaxvas, romlebic sawarmos gaaCnia mxo lod Senaxvis, miwodebis an demonstrirebis mizniT;

c) saqonlis an nakeTobebis im maragebis Senaxvas, romlebic sawarmos gaaCnia mxolod sxva sawarmos mier maTi gadamuSavebis mizniT;

d) saqmianobis fiqsirebuli adgilis gamoyenebas mxolod sawarmosaTvis saqonlis an nakeTobebis Sesyidvis an informaciis Segrovebis mizniT;

e) saqmianobis fiqsirebuli adgilis gamoyenebas sawarmosaTvis mxolod mosamzadebeli an damxmare xasiaTis nebismieri sxva saqmianobis ganxorcielebis mizniT;

f) saqmianobis fiqsirebuli adgilis gamoyenebas am punktis a)-e) qvepunktebSi CamoTvlil saqmianobaTa saxeobebis nebismieri kombinaciis gansaxorcieleblad, im pirobiT, rom fiqsirebuli adgilidan warmoebul saerto saqmianobas, romelic warmoisoba aseTi kombinaciis Sedegad, aqvs mosamzadebeli an damxmare xasiaTi.

5. am muxlis pirveli da me-2 punktibus debulebebis miuxedavad, Tu piri, romelic ar warmoadgens am muxlis me-6 punktSi aRniSnuI damoukidebeli statusis mqone agents, moqmedebs sawarmos saxeliT, aqvs da Cveulebriv iyenebs xelSemkvrel saxelmwifoSi sawarmos saxeliT kontraqtis dadebis uflebamobilebas, maSin es sawarmo ganixileba, rogorc mudmivi dawesebulebis mqone am saxelmwifoSi. igive gavrceldeba am piris mier sawarmosaTvis ganxorcielebul nebismier saqmianobasTan dakavSirebiT, im saqmianobis garda, romelic aRwerilia am muxlis me-4 punktSi. es ukanaskneli, ganxorcielebuli Tundac saqmianobis fiqsirebuli adgilis meSveobiT, am punktis debulebaTa Sesabamisad, saqmianobis amgvar fiqsirebul adgils ar gadaaqcevs mudmiv dawesebulebad.

6. sawarmo ar ganixileba xelSemkvrel saxelmwifoSi mudmivi dawesebulebis mqoned, Tu is am saxelmwifoSi Tavis saqmianobas axorcielebs brokeris, komisioneris an damoukidebeli statusis mqone nebismieri sxva agentis meSveobiT, im pirobiT, Tu es pirebi moqmedeben Tavianti Cveuli profesiuli saqmianobis farglebSi.

7. is faqti, rom kompania, romelic aris erTi xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti, akontrolrebs an kontroldeba meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti kompaniis mier an romelic saqmianobas axorcielebs meore saxelmwifoSi (mudmivi dawesebulebis meSveobiT an sxva saxiT), TavisTavad ar gadaaqcevs erT-erT am kompanias meoris mudmiv dawesebulebad.

## m u x l i 6

## Semosavali uZravi qonebidan

1. xe l Semkvreli saxelmwifos rezidentis mier meore xe l Semkvrel saxelmwifoSi mdebare uZravi qonebidan miRebuli Semosavali (soflis an satyeo meurneobidan miRebuli Semosavlis CaTvliT), SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

2. termins -uZravi qoneba- aqvs is mniSvneloba, romelic mas gaaCnia im xe l Semkvreli saxelmwifos kanonmdeblobiT, romelSi mdebareobs gansaxilveli qoneba. termini, nebismier SemTxvevaSi, moicavs im qonebasac, romelSac uZravi qonebis mimarT damxmare xasiaTi aqvs, pirutyvs, soflisa da satyeo meurneobaSi gamoyenebul mowyobilobas, uflebebs, romlebsac exeba miwis sakuTrebaTan dakavSirebuli zogadi samarTlis debulebebi, uZravi qonebis uzufruqts, uflebebs cvlad an figsirebul anazRaurebebze, romlebic warmoadgenen kompensacias mineraluri wiaRiseulis, sabadoebis da sxva bunebrivi resursebis damuSavebisaTvis an damuSavebis uflebisaTvis; sazRvao gemebi da sahaero xomaldebi uZrav qonebad ar ganixileba.

3. am muxlis pirveli punqtis debulebebi exeba uZravi qonebis pirdapiri gamoyenebis, gaqiravebis an nebismieri sxva formiT gamoyenebis Sedegad miRebul Semosavlebs.

4. am muxlis pirveli da me-3 punqtebis debulebebi exeba agreTve sawarmos uZravi qonebidan miRebul Semosavlebs.

## m u x l i 7

## mogeba ekonomikuri saqmianobidan

1. xe l Semkvreli saxelmwifos sawarmos mogeba ibegreba mxolod am saxelmwifoSi, Tu es sawarmo Tavis saqmianobas meore xe l Semkvrel saxelmwifoSi ar axorcielebs iq ganlagebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT. Tu sawarmo amgvarad axorcielebs saqmianobas, maSin misi mogeba SeiZleba daibegros meore saxelmwifoSi, magram mxolod im nawilSi, romelic miekuTvneba am mudmiv dawesebulebas.



2. am muxlis me-3 punqtis debulebebis gaTvaliswinebiT, im SemTxvevaSi, rodesac xelSemkvreli saxelmwifos sawarmo meore xelSemkvrel saxelmwifoSi axorcielebs saqmianobas iq ganlagebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT, maSin TiToeul xelSemkvrel saxelmwifoSi am mudmiv dawesebulebas miekuTvneba mogeba, romelic mas SeiZleboda mieRo, rogorc imave an analogiuri saqmianobiT dakavebul, imave an analogiur pirobebSi myof calke gamoyofil, damoukidebel sawarmos, romelic moqmedebs im sawarmosgan sruliad damoukideblad, romlis mudmiv dawesebulebasac igi warmoadgens.

3. mudmivi dawesebulebis mogebis gansazRvrisas dasaSvebia im xarjebis gamoqviTva, romlebic gaweulia mudmivi dawesebulebis saqmianobis miznebisatvis, mmarTvelobiTi da saerto administraciuli xarjebis CaTvliT, imis miuxedavad, es xarjebi im saxelmwifoSia gaweuli, sadac imyofeba mudmivi dawesebuleba, Tu mis farglebs gareT.

4. Tu xelSemkvrel saxelmwifoSi Cveulebriv mudmivi dawesebulebis mogebis gansazRvra miRebulia sawarmos mTliani mogebis mis calkeul nawilebze ganawilebis safuZvelze, maSin am muxlis me-2 punqti veranairad ver SeuSlis xels xelSemkvrel saxelmwifos dasabegri mogebis odenobis amgvani ganawilebis wesiT gansazRvraSi. ganawilebis meTodi amastan unda iyos iseTi, rom Sedegi imyofebodes am muxlis principebTan SesabamisobaSi.

5. mudmiv dawesebulebas araviTari mogeba ar miewereba sawarmosaTvis mxolod saqonlis an nakeTobebis SeZenis safuZvelze.

6. wina punqtebis miznebidan gamomdinare, mudmivi dawesebulebis mogeba yovelwliurad ganisazRvreba erTi da igive meTodiT, sanam mis Sesacvlelad raime damajerebeli da sakmarisi mizezi ar warmoisoba.

7. im SemTxvevaSi, rodesac mogeba Seicavs Semosavlis iseT saxeebs, romlebic am Setanxmebis sxva muxlebSi calkea ganxiluli, maSin maTze am muxlis debulebebi gavlenas ver iqoniebs.

## muxli 8

### sazRvao da sahaero transporti

1. saerTasoris gadazidvebSi sazRvao gemebisa da sahaero xomaldebis eqsploataciidan miRebuli mogeba ibegreba mxolod im xelSemkvrel saxelmwifoSi, romelic mdebareobs sawarmos faqtiuri marTvis adgili.

2. Tu sanaosno sawarmos faqtiuri marTvis adgili ganTavsebulia gembanze, is CaiTvleba im xeISemkvrel saxelmwifoSi arsebulad, romelSic mdebareobs gemis miweris navsadguri, miweris navsadguris ararsebobis SemTxvevaSi, CaiTvleba im saxelmwifoSi mdebared, vis rezidentsac warmoadgens piri, romelic gemis eqsploatacias axorcielebs.

3. am muxlis pirveli punktis debulebebi gamoiyeneba agreTve im mogebemis mimarT, romelic miiReba "pulis," erTobliv sawarmoebSi an saerTasoris gadazidvebis saagentoebis muSaobaSi monawileobidan.

### muxli 9

#### asocirebuli sawarmoebi

1. im SemTxvevaSi, rodesac:

a) xeISemkvreli saxelmwifos sawarmo pirdapir an arapirdapir monawileobs meore xeISemkvreli saxelmwifos sawarmos marTvaSi, kontrolSi an kapitalSi, an

b) erTi da igive pirebi pirdapir an arapirdapir monawileoben erTi xeISemkvreli saxelmwifos sawarmosa da meore xeISemkvreli saxelmwifos sawarmos marTvaSi, kontrolSi an kapitalSi,

da orive SemTxvevaSi am or sawarmos Soris komerciul an finansur urTierTobebSi iqneba an myardeba pirobebi, gansxvavebuli imatgan, romlebsac adgili eqnebodaT or damoukidebel sawarmos Soris urTierTobaSi, maSin nebismieri mogeba, romelic SeiZleboda romelime matgans daricxvoda, magram am pirobebis arsebobis gamo ar daericxa, SeiZleba CarTul iqnas am sawarmos mogebaSi da Sesabamisad daibegros gadasaxadiT.

2. im SemTxvevaSi, rodesac erTi xeISemkvreli saxelmwifo am saxelmwifos sawarmos mogebaSi rTavs, da Sesabamisad gadasaxadiT begravs, im mogebas, romelTan mimarTebaSi meore xeISemkvreli saxelmwifos sawarmo daeqvemdebara dabegvras am meore saxelmwifoSi, da aseTi saxiT CarTuli mogeba warmoadgens mogebas, romelic SeiZleboda daricxvoda pirvelad xsenebuli saxelmwifos sawarmos, Tu am or sawarmos Soris iqneboda igive urTierToba, rogorc damoukidebel sawarmoebs Soris, maSin es meore saxelmwifo moaxdens mis mier am mogebaze daricxuli gadasaxadis Sesabamis

koreqtirebas. aseTi koreqtirebis gansazRvris dros saTanado wesiT unda iqnas gaTvaliswinebuli am SeTanxmebis sxva debulebebic, xolo aucileblobis SemTxvevaSi xe l Semkvrel saxelmwifoTa kompetenturi organoebi erTmaneTTan gamarTaven konsultaciebs.

muxli 10

dividendebi

1. xe l Semkvreli saxelmwifos rezidenti kompaniis mier meore xe l Semkvreli saxelmwifos rezidentisaTvis gadaxdili dividendebi SeiZleba daibegros am meore xe l Semkvrel saxelmwifoSi.

2. amasTan, amgvარი dividendebi, Sesazloa, agreTve daibegros im xe l Semkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentsac warmoadgens dividendebis gadaxdელი kompania, magram, aseT SemTxvevaSi, gadasaxadi ar unda aRematebodes:

a) dividendebis saerTo Tanxis 0 procentს, Tu beneficialuri მფლობელი კომპანია, რომელიც პირდაპირ ან არაპირდაპირ ფლობს dividendebis gadaxdელი კომპანიის კაპიტალის სულ მცირე 50 procentს და dividendebis gadaxdელი კომპანიის კაპიტალსი investirebuli აკვს 2 მილიონ ევროზე მეტი ან მისი ეკვივალენტი საკრთველოს ვალუტაSi;

b) dividendebis saerTo Tanxis 5 procentს, Tu beneficialuri მფლობელი კომპანია, რომელიც პირდაპირ ან არაპირდაპირ ფლობს dividendebis gadaxdელი კომპანიის კაპიტალის სულ მცირე 10 procentს და dividendebis gadaxdელი კომპანიის კაპიტალსი investirebuli აკვს 100000 ევროზე მეტი ან მისი ეკვივალენტი საკრთველოს ვალუტაSi;

c) dividendebis saerTo Tanxis 10 procentს ყველა სხვა SemTxvevaSi.

ეს პუნქტი არ Seexeba კომპანიის იმ მოგებების დაბეგრას, saidanac გადაიხდება dividendebi.

3. ამ მუხლისი გამოყენებისას, termini -dividენდი- ნიშნავს Semosavals აკციებidan, -ჯისანსის- აკციებidan ან -ჯისანსის- უფლებidan, samTo საკმანობასTan დაკავსიებული აკციებidan, სამაფუზნებლო აკციებidan ან სხვა უფლებidan, Tu ისინი არ warmoadgenენ სავალე მოTxovნებს, მოგებაSi მონაწილეობidan, ისევე როგორც Semosavals სხვა კორპორაციული უფლებidan, რომლებიც

eqvemdebareba iseTive sagadasaxado regulirebas, rogorsac aqciebidan miRebuli Semosavali, im xe lSemkvreli saxelmwifos kanonmdeblobis Sesabamisad, romlis rezidentsac warmoadgens mogebis gamanawilebeli kompania.

4. am muxlis pirveli da me-2 punqtebis debulebebi ar gamoiyeneba, Tu dividendebis beneficaluri mflobelia xe lSemkvreli saxelmwifos rezidenti, romelic awarmoebis saqmianobas meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentsac warmoadgens dividendebis gadaxdeli kompania iq arsebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT da qoneba, romlis safuZvelze xdeba dividendebis gadaxda uSualod ukavSirdeba aseT mudmiv dawesebulebas. aseT SemTxvevaSi gamoiyeneba me-7 muxlis debulebebi.

5. rodesac xe lSemkvreli saxelmwifos rezidenti kompania meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi iRebs Semosavals an mogebas, am meore saxelmwifos ar SeuZlia kompanias gadasaxadi daakisros gadaxdil dividendebze, im SemTxvevis garda, roca aseTi dividendebis gadaxda xdeba am meore saxelmwifos rezidentisTvis, an roca qoneba, romlis safuZvelze xdeba dividendebis gadaxda, uSualod ukavSirdeba am meore saxelmwifoSi arsebul mudmiv dawesebulebas. gadasaxadiT ar ibegreba kompaniis gaunawilebeli mogeba, Tu gadaxdili dividendebi an gaunawilebeli mogeba mTlianad an nawilobrivi Sedgeba am meore saxelmwifoSi warmoSobili mogebidan an Semosavlidan.

muxli 11

procenti

1. erT xe lSemkvrel saxelmwifoSi warmoqmnilo da meore xe lSemkvreli saxelmwifos rezidentisaTvis gadaxdili procenti ibegreba mxolod am meore saxelmwifoSi, Tu es rezidenti warmoadgens procentis beneficalur mflobels.

2. termini -procenti- mocemul muxlSi gamoyenebisas niSnavs Semosavals nebismieri saxis savale moTxovnidan, misi ipoTekuri uzrunvelyofisa da movalis mogebaSi monawileobis uflabis arsebobis miuxedavad. kerZod, Semosavals saxelmwifo fasiani qaraldebidan da obligaciebidan an savale valdebulebebidan maTze daricxuli premiebisa da mogebebis CaTvliT. am muxlis miznebidan gamomdinare, jarimebi dagvianebul gadaxdaze ar ganixileba rogorc procenti.

3. am muxlis pirveli punktis debulebebi ar gamoiyeneba, Tu procentis beneficialuri mflobelia xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti, romelic Tavis saqmianobas axorcielebs meore xelSemkvrel saxelmwifoSi, sadac warmoiSoba procenti iq arsebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT da savale moTxovna, romlis safuZvelze xdeba procentis gadaxda, uSualod ukavSirdeba aseT mudmiv dawesebulebas. aseT SemTxvevaSi gamoiyeneba am SeTanxmebis me-7 muxlis debulebebi.

4. procenti xelSemkvrel saxelmwifoSi warmoqmnilad CaiTvleba, roca gadasaxadis gadamxdels warmoadgens am saxelmwifos rezidenti. amasTan, Tu procentis gadamxdel pirs, miuxedavad imisa, aris Tu ara is xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti, xelSemkvrel saxelmwifoSi gaaCnia mudmivi dawesebuleba, romelTan dakavSirebiT warmoSobil davalianebazexdeba procentis gadaxda da aseTi procenti warmoiSva am mudmivi dawesebulebis meSveobiT, maSin aseTi procenti CaiTvleba warmoqmnilad im saxelmwifoSi, romelSic mdebareobs mudmivi dawesebuleba.

5. Tu procentis gadamxdelsa da beneficialur mflobels Soris an orive maTgansa da romelime mesame pirs Soris gansakuTrebul urTierTobaTa arsebobis gamo, savale moTxovnaze gadaxdili procentis Tanxa, romlis safuZvelzec xdeba misi gadaxda, aWarbebs Tanxas, rac SeTanxmebuli iqneboda gadamxdelsa da beneficialur mflobels Soris aseTi urTierTobebis ararsebobisas, maSin am muxlis debulebebi gamoiyeneba mxolod ukanasknelad xsenebuli Tanxis mimarT. aseT SemTxvevaSi, gadasaxdeli Tanxis nameti nawili kvlavac eqvemdebareba dabegvras TiToeuli xelSemkvreli saxelmwifos kanonmdeblobis Sesabamisad, am SeTanxmebis sxva debulebebis gaTvaliswinebiT.

muxli 12

roialti

1. erT xelSemkvrel saxelmwifoSi warmoqmnila da meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis beneficialur mflobelobaSi arsebuli roialti ibegreba mxolod am meore saxelmwifoSi.

2. am muxlisi gamoyenebisas, termini -roialti- niSnavs gadaxdis nebismier saxes, romelic anazRaurebis saxiT miiReba literaturis, xelovnebis an mecnerebis nebismieri nawarmoebis, maT Soris kinematografiuli filmebis, nebismieri patentis, sasagonlo niSnis, proektis an modelis, gegmis, saidumlo formulis an procesis, aseve samrewvelo, komerciuli an samecniero gamocdilebis Semcveli

informaciiT sargeb lobisaTvis an sargeb lobis uflebis miRebisaTvis.

3. am muxlis pirveli punktis debulebebi ar gamoiyeneba, Tu roialtis beneficaluri mflobelia xe lSemkvreli saxelmwifos rezidenti, romelic Tavis saqmianobas axorcielebs meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi, sadac warmoiqmneba roialti iq arsebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT da ufleba an qoneba, ris safuZvelzec xdeba roialtis gadaxda, uSualod aris dakavSirebuli am mudmiv dawesebulebasTan, aseT SemTxvevaSi gamoiyeneba am SeTanxmebis me-7 muxlis debulebebi.

4. Tu gadamxdelsa da beneficalur mflobels Soris an orive maTgansa da romelime mesame pirs Soris gansakuTrebuli urTierTobebis gamo, roialtis Tanxa, romelic dakavSirebulia sargeb lobasTan, uflebasTan an informaciasTan, romelTa safuZvelze xdeba misi gadaxda, aWarbebs Tanxas, rac SeTanxmebuli iqneboda gadamxdelsa da beneficalur mflobels Soris aseTi urTierTobebis ararsebobisas, maSin am muxlis debulebebi gamoiyeneba mxolod ukanasknelad xsenebuli Tanxis mimarT. aseT SemTxvevaSi, gadasaxdeli Tanxis nameti nawili kvlavac eqvemdebareba dabegvras TiToeuli xe lSemkvreli saxelmwifos kanonmdeblobis Sesabamisad, am SeTanxmebis sxva debulebebis gaTvaliswinebiT.

### muxli 13

#### Semosavlebi kapitalis matebidan

1. Semosavlebi, romlebsac iRebs xe lSemkvreli saxelmwifos rezidenti meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi mdebare uzravi qonebis gasxvisebidan, rogorc es gansazRvrulia am SeTanxmebis me-6 muxliSi, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

2. Semosavlebi im moZravi qonebis gasxvisebidan, romelic warmoadgens erTi xe lSemkvreli saxelmwifos sawarmos meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi arsebuli mudmivi dawesebulebis komerciuli qonebis nawils, am mudmivi dawesebulebis (calke an mTel sawarmosTan erTad) gasxvisebiT miRebuli Semosavlebis CaTvliT, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

3. Semosavlebi, romelic miReba saerTasoriso gadazidvebSi eqsploatirebuli sazRvao gemebisa da sahaero xomaldebis an maT eqsploataciasTan dakavSirebuli moZravi qonebis gasxvisebidan, ibegreba mxolod im xe lSemkvrel saxelmwifoSi, sadac mdebareobs sawarmos faqtiuri martvis adgili.

4. Semosavlebi nebismieri qonebis gasxvisebidan, am muxlis pirveli, me-2 da me-3 puqtebSi aRniSnuli qonebis garda, ibegreba mxolod im xelSemkvrel saxelmwifoSi, romlis rezidentsac warmoadgens qonebis gamsxvisebeli piri.

5. am muxlis me-4 puqti debulebebma gavlena ar unda iqonion xelSemkvreli saxelmwifos uflebaze, misi kanondeblobis Sesabamisad, dabegros im piri mier sawarmos aqciebis gasxvisebidan miRebuli Semosavali, romelic aris xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti da iyo pirvelad xsenebuli xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti xuTi wlis ganmavlobaSi, romelic uSualod uswrebda win qonebis gasxvisebas.

#### muxli 14

##### dasaqmebidan miRebuli Semosavali

1. am SeTanxmebis me-15, me-17, me-18 da me-19 muxlebis debulebaTa gaTvaliswinebiT, xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis mier daqiravebuli Sromis Sedegad miRebuli xelfasi, gasamrjelo an sxva msgavsi anazRaureba ibegreba mxolod am saxelmwifoSi, Tu dasaqmeba ar ganxorcielebuli meore xelSemkvrel saxelmwifoSi. Tu dasaqmeba xorcieldeba amgvari saxiT, maSin aseTi anazRaureba SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

2. am muxlis pirveli puqti debulebaTa miuxedavad, xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis mier meore xelSemkvrel saxelmwifoSi ganxorcielebuli daqiravebuli Sromis Sedegad miRebuli anazRaureba ibegreba mxolod pirvelad xsenebuli saxelmwifoSi, Tu:

a) anazRaurebis mimRebi imyofeba meore saxelmwifoSi periodiT an periodebiT, romelTa saerto xangrZlivoba ar aRemateba 183 dRes nebismieri TormetTviani periodis ganmavlobaSi, romelic iwyeba an iTavrdeba mocemul fiskalur wels, da

b) anazRaureba gaicema damqiraveblis mier an misi saxeliT, romelic ar warmoadgens meore saxelmwifos rezidents, da

c) anazRaureba ar aris warmoqmniლი mudmiv dawesebulebaSi, romelic damqiravebelს gaaCnia meore saxelmwifoSi.

3. am muxlis wina debulebebis miuxedavad, anazRaureba, romel sac iRebs xelSemkvreli saxelmwifos rezidenti saerTaSoriso

gadazidvebSi eqsploatirebul sazRvao gemebze an sahaero xomalebze ganxorcielebuli dasaqmebisaTvis, SeiZleba daibegros im xeISemkvrel saxelmwifoSi, romelSic mdebareobs sawarmos faqtiuri marTvis adgili.

#### muxli 15

##### direktorTa honorarebi

direktorTa honorarebi da sxva msgavsi anazRaureba, romlebsac iRebs xeISemkvreli saxelmwifos rezidenti, rogorc meore xeISemkvreli saxelmwifos rezidenti kompaniis direktorTa sabWos wevri, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

#### muxli 16

##### xelovnebis muSakebi da sportsmenebi

1. am SeTanxmebis me-7 da me-14 muxlebis debulebebis miuxedavad, Semosavali, romelSic iRebs xeISemkvreli saxelmwifos rezidenti, rogorc xelovnebis muSaki, kerZod, rogorc Teatris, kinos, radios an televiziis msaxiobi an musikosi an rogorc sportsmeni, mis mier meore xeISemkvrel saxelmwifoSi ganxorcielebuli piradi saqmianobidan, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

2. im SemTxvevaSi, rodesac Semosavali piradi saqmianobidan, romelSic axorcielebs xelovnebis muSaki an sportsmeni, ericxeba ara TviT xelovnebis muSaks an sportsmens, aramed sxva pirs, maSin es Semosavali, am SeTanxmebis me-7 da me-14 muxlebis debulebebis miuxedavad, SeiZleba daibegros im xeISemkvrel saxelmwifoSi, romelSic xorcieldeba xelovnebis muSakis an sportsmenis saqmianoba.

3. am muxlis pirveli da me-2 punqtebis debulebebi ar gamoiyeneba xeISemkvrel saxelmwifoSi xelovnebis muSakebis an sportsmenebis mier miRebuli Semosavlis mimarT, Tu maTi viziti am saxelmwifoSi mTlianad an ZiriTadad ganxorcielda meore xeISemkvreli saxelmwifos, misi politikuri qvedanayofebis an xelisuflebis adgilobrivi organoebis sazogadoebrivi fondebis, an im organizaciebis mxardaWeriT, romlebic aRiarebulebi arian, rogorc aramomgebiani organizaciebi an Tu amgvარი saqmianoba xorcieldeba xeISemkvrel saxelmwifoebis Soris kulturuli TanamSromlobis sferoSi gaformebuli SeTanxmebis safuZvelze.



aseT SemTxvevaSi, Semosavali ibegreba mxolod im saxelmwifoSi, romelis rezidentsac warmoaddgens es piri.

#### muxli 17

##### pensiebi

am Setanxmebis me-18 muxlis me-2 puntis debulebaTa Sesabamisad, warsul daqiravebul SromasTan dakavSirebiT xelSemkvreli saxelmwifos rezidentisaTvis gadaxdili pensiebi da sxva msgavsi anazRaureba ibegreba mxolod am saxelmwifoSi.

#### muxli 18

##### saxelmwifo samsaxuri

1. a) xelfasi, gasamrjelo da sxva msgavsi anazRaureba, pensis garda, romel sac xelSemkvreli saxelmwifo, misi politikuri qvedanayofi, xelisuflebis adgilobrivi organo an saxelmwifo dawesebuleba uxdis fizikuri pirs am saxelmwifos, misi politikuri qvedanayofis, xelisuflebis adgilobrivi organos an dawesebulebis mimarT gaweuli samsaxurisaTvis, ibegreba mxolod am saxelmwifoSi;
- b) amasTan, amgvari xelfasi, gasamrjelo da sxva msgavsi anazRaureba ibegreba mxolod meore xelSemkvrel saxelmwifoSi, Tu samsaxuri gaweul iqna am saxelmwifoSi da fizikuri piri, romelic warmoaddgens am saxelmwifos rezidents:
  - (i) aris am saxelmwifos moqalaqe; an
  - (ii) ar gaxda am saxelmwifos rezidenti mxolod samsaxuris gawevis mizniT.
2. a) nebismieri pensia, romlis gadaxda xdeba fizikuri pirisaTvis xelSemkvreli saxelmwifos, misi politikuri qvedanayofis, xelisuflebis adgilobrivi organos an dawesebulebis mier an maT mier Seqmili fondebidan, am saxelmwifos, misi politikuri qvedanayofis, xelisuflebis adgilobrivi organos an dawesebulebisaTvis gaweuli samsaxurisaTvis, ibegreba mxolod am saxelmwifoSi;

b) am aſtan, aſeti penſia ibegreba mxolod meore xelſemkvrel ſaxelmwifoſi, Tu fizikuri piri wadmoadgens am ſaxelmwifos rezidentsa da moqalaqes.

3. am ſetanxmehis me-14, me-15, me-16 da me-17 muxlebis debulebebi gamoiyeneba xelſaſis, gasamrjelos, ſxva msgavsi anazRaurebiſa da penſiebis mimarT, xelſemkvreli ſaxelmwifos, miſi politikuri qvedanayofis, xelisuflebis adgilobrivi organos an dawesebulebis mier gaweuli komerciuli ſaqmianobis farglebsi ganxorcielebul momsaxurebaſtan dakavſirebiT.

#### muxli 19

##### ſtudentebi

1. anazRaureba, miRebuli ſtudentis an ſtaJioris mier, romelic aris an xelſemkvrel ſaxelmwifoſi uſualod Caſvlamde iyo meore xelſemkvreli ſaxelmwifos rezidenti da romelic pirvelad xſenebul ſaxelmwifoſi imyofeba mxolod ganaTlebis miRebis an kvalifikaciis amaRlebis mizniT, Tu igi gankuTvnilia miſi cxovrebiſ, ganaTlebis miRebis an kvalifikaciis aſamaRleblad, ar ibegreba am ſaxelmwifoſi, Tu dafinanſeſis wyaro mdebareobs am ſaxelmwifos farglebs gareT.

2. ſtudentis an ſtaJioris, romelic aris an xelſemkvrel ſaxelmwifoſi uſualod Caſvlamde iyo meore xelſemkvreli ſaxelmwifos rezidenti, daſaqmebidan miRebuli anazRaureba, romelſac igi iRebs pirvelad xſenebul ſaxelmwifoſi periodſi an periodebſi, romelTa ſaerTo xangrZlivoba mocemuſi ſafinanso wlis ganmavlobaſi ar aRemateba 183 dRes, ar ibegreba pirvelad xſenebul ſaxelmwifoſi, Tu amgvari daſaqmeba pirdapir ukavſirdeba miſ ſwavlſas an praqtikis gavlſas am meore ſaxelmwifoſi.

#### muxli 20

##### profesori-maſwawleblebi da mecnier-muſakebi

1. profesori, maſwawlebeli an mecnier-muſaki, romelic imyofeba xelſemkvrel ſaxelmwifoſi or wlamde periodis ganmavlobaſi, am ſaxelmwifos univerſitetſi, kolejſi, ſkolaſi an ſxva ſaſwawlo an kvleviT dawesebulebaſi pedagogiuri an ſamecniero-kvleviT muſaobis mizniT da romelic uſualod am vizitamde iyo meore xelſemkvreli ſaxelmwifos rezidenti, pedagogiuri an kvleviT ſamuſaodan miRebul nebiſmier anazRaurebaſe ibegreba am meore ſaxelmwifoſi. am aſtan, am muxliſ debulebebi vrceldeba mxolod

ori wlis periodis manZilze, mas Semdeg rac fizikuri piri pirvelad eweva xe lSemkvrel saxelmwifos aRniSnuli mizniT.

2. am muxlis pirveli punqtis debulebebi gamoiyeneba kvleviTi samuSaoebidan miRebul Semosavalze, mxolod im SemTxvevaSi, Tu aseTi samuSaoebi tardeba sazogadoebrivi interesebidan gamomdinare da ara upiratesad piris an pirebis piradi sargeblobis mizniT.

#### muxli 21

##### sxva Semosavlebi

1. xe lSemkvreli saxelmwifos rezidentis Semosavlis saxeebi, romlebic ar aris ganxiluli am SeTanxmebis wina muxlebSi, maTi warmoSobis adgilis miuxedavad, ibegreba mxolod am saxelmwifoSi.

2. am muxlis pirveli punqtis debulebebi ar gamoiyeneba Semosavlebis mimarT, romlebic gansxvavdeba am SeTanxmebis me-6 muxlis me-2 punqtiT gansazRvruli uZravi qonebidan miRebuli Semosavlisagan, Tu aseTi Semosavlis mimRebi warmoadgens erti xe lSemkvreli saxelmwifos rezidents da Tavis saqmianobas axorcielebs meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi iq ganTavsebuli mudmivi dawesebulebis meSveobiT da ufleba an qoneba, romlebitan dakavSirebiT xdeba Semosavlis gadaxda, uSualod aris ukavSirdeba aseT mudmiv dawesebulebas. aseT SemTxvevaSi, gamoiyeneba am SeTanxmebis me-7 muxlis debulebebi.

#### muxli 22

##### kapitali

1. kapitali, warmodgenili am SeTanxmebis me-6 muxliT gansazRvruli uZravi qonebiT, romelsac flobs xe lSemkvreli saxelmwifos rezidenti da romelic mdebareobs meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

2. kapitali, warmodgenili moZravi qonebiT, romelic qmnis erti xe lSemkvreli saxelmwifos sawarmos meore xe lSemkvrel saxelmwifoSi arsebuli mudmivi dawesebulebis komerciuli qonebis nawils, SeiZleba daibegros am meore saxelmwifoSi.

3. kapitali, romelic warmodgenilia saerTaSoriso gadazidvebSi eqsploatirebuli sazRvao gemebiTa da sahaero xomaldebiT an maT eqsploataciasTan dakavSirebuli moZravi qonebiT, ibegreba mxolod

im xelSemkvrel saxelmwifoSi, sadac mdebareobs sawarmos faqtiuri marTvis adgili.

4. xelSemkvreli saxelmwifos rezidentis kapitalis yvela sxva elementi ibegreba mxolod am saxelmwifoSi.

muxli 23

ormagi dabegvris gamoricxva

ormagi dabegvra gamoricxuli iqneba Semdegnairad:

1. avstriaSi:

a) rodesac avstriis rezidenti iRebs Semosavls an flobs kapitalis, romelic am SeTanxmehis debulebebis Sesabamisad, SeiZleba daibegros saqarTveloSi, maSin avstrias am punktis b) da c) qvepuntebis debulebebis Tanaxmad, SeuZlia amgvari Semosavali an kapitali gaTavisuflos gadasaxadisagan;

b) rodesac avstriis rezidenti iRebs Semosavlebis iseT saxeebs, romlebic me-10 muxlis debulebebis Sesabamisad, SeiZleba daibegros saqarTveloSi, avstrias SeuZlia dauSvas am rezidentis Semosavalze gadasaxadidan gamoqviTva, romlis moculoba saqarTveloSi gadaxdili gadasaxadis toli iqneba. aseTi gamoqviTva, amastan, ar unda aRematebodes gadasaxadis im nawils, romelic gamoqviTvamde iyo daangariSebuli da miewereba saqarTveloSi miRebul Semosavlis saxeebs;

c) rodesac am SeTanxmehis nebismieri debulebis Sesabamisad, avstriis rezidentis mier miRebuli Semosavali an mis mflobelobaSi arsebuli kapitali gaTavisuflebulia dabegvrisagan avstriaSi, miuxedavad amisa, avstrias SeuZlia am rezidentis darCenil Semosavalze an kapitalze gadasaxadis odenobis gaangariSebis dros gaiTvaliswinos am rezidentis gadasaxadisgan gaTavisuflebuli Semosavali an kapitali.

2. saqarTveloSi:

Tu saqarTvelos rezidenti iRebs Semosavals an flobs kapitalis, romelic am SeTanxmehis debulebebis Sesabamisad SeiZleba daibegros avstriaSi, maSin saqarTvelo dauSvebs am rezidentis Semosavalze an kapitalze gadasaxadidan gamoqviTvas, romlis moculoba avstriaSi gadaxdili gadasaxadis toli iqneba. aseTi gamoqviTva, amastan, ar unda aRematebodes Semosavalze an kapitalze gadasaxadis im nawils,

romelic gamoqviTvamde iyo daangariSebuli da miewereba Semosavals an kapitalis, romelic SesaZloa daibegros avstriaSi.

## muxli 24

### diskriminaciis Tavidan acileba

1. xelSemkvreli saxelmwifos nacionaluri pirebi ar daeqvemdebarebian meore saxelmwifoSi gansxvavebul an ufro mZime pirobebiT dabegvras an nebismier masTan dakavSirebul moTxovnebs, romlebsac eqvemdebarebian an SeiZleba daeqvemdebaron am meore saxelmwifos nacionaluri pirebi imave garemoebebSi, kerZod, rezidenciis TvalsazrisiT. es debuleba, am SeTanxmebis pirveli muxlis debulebebis miuxedavad, gamoiyeneba agreTve im pirebis mimarT, romlebic ar arian erTi an orive xelSemkvreli saxelmwifos rezidentebi.

2. moqalaqebis armqone pirebi, romlebic warmoadgenen xelSemkvreli saxelmwifos rezidentebis, arc erT xelSemkvrel saxelmwifoSi ar unda daeqvemdebaron gansxvavebul an ufro mZime pirobebiT dabegvras an nebismier masTan dakavSirebul moTxovnebs, romlebsac eqvemdebarebian an SeiZleba daeqvemdebaron am saxelmwifoTa nacionaluri pirebi imave garemoebebSi, kerZod, rezidenciis TvalsazrisiT.

3. erTi xelSemkvreli saxelmwifos sawarmos meore xelSemkvrel saxelmwifoSi kutvnili mudmivi dawesebulebis dabegvra ar unda ganxorcieldes naklebad xelsayrel pirobebiSi, vidre im sawarmoTa dabegvra, romlebic analogiur saqmianobas axorcieleben am meore saxelmwifoSi. es debuleba ar unda iqnes gagebuli ise, TiTqos is xelSemkvrel saxelmwifos avaldebuledes meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidentebis romelime gadasaxadisgan gaTavisuflebas, maTTvis raime sagadasaxado SeRavatis miniWebas an gadasaxadis Sencirebas maTi samoqalaqo statusis an ojaxuri mdgomareobis safuzvelze, romlebsac is aniWebs sakuTar rezidentebis.

4. im SemTxvevebis garda, rodesac gamoiyeneba am SeTanxmebis me-9 muxlis pirveli punqtis, me-11 muxlis me-5 punqtis an me-12 muxlis me-4 punqtis debulebebi, erTi xelSemkvreli saxelmwifos mier meore xelSemkvreli saxelmwifos rezidentisatvis gadaxdili procenti, roalti an sxva gadasaxdelebi, am sawarmos dasabegri mogebis gansazRvris mizniT eqvemdebareba igive pirobiT gamoqviTvas, rogorc es moxdeboda pirvelad xsenebuli saxelmwifos rezidentTan mimarTebaSi. analogiurad, erTi xelSemkvreli saxelmwifos sawarmos nebismieri davalianeba meore xelSemkvreli

saxelmwifos rezidentis mimarT, am sawarmos dasabegri kapitalis gansazRvris mizniT, eqvemdebareba igive pirobebiT gamoqvITvas, rogorc es moxdeboda pirvelad xsenebuli saxelmwifos rezidentis SemTxvevaSi.

5. xelSemkvreli saxelmwifos sawarmoebi, romelTa kapitali mTlianad an nawilobrivi ekuTvnis, an pirdapir an arapirdapir kontroldeba meore xelSemkvreli saxelmwifos erTi an ramdenime rezidentis mier, pirvelad xsenebul saxelmwifoSi ar unda daeqvemdebaron gansxvavebul an ufro mZime pirobebiT dabegvras an masTan dakavSirebul nebismier moTxovnebs, romlebsac eqvemdebarebian an SeiZleba daeqvemdebaron pirvelad xsenebuli saxelmwifos sxva msgavsi sawarmoebi.

6. am muxlis debulebebi gamoiyeneba im gadasaxadebis mimarT, romlebic warmoadgenen am SeTanxmebis sagans.

## muxli 25

### urTierTSeTanxmebis procedura

1. Tu piri TvliS, rom erTi an orive xelSemkvreli saxelmwifos moqmedeba iwvevs an gamoiwvevs mis dabegvras am SeTanxmebis debulebebis sawinaaRmdegod, mas SeuZlia, misi uflebebis dacvis am saxelmwifoTa Sidasaxelmwifoebrivi kanonmdeblobebiT gaTvaliswinebuli zomebisgan damoukideblad, Tavisi saqme gansaxilvelad waradginos im xelSemkvreli saxelmwifos kompetentur organoSi, romlis rezidentsac igi warmoadgens; an, Tu misi SemTxveva eqvemdebareba am SeTanxmebis 24-e muxlis pirveli punktis moqmedebas, im saxelmwifoSi, romlis nacionalur pirsac igi warmoadgens. gancxadeba wardgenil unda iqnas am SeTanxmebis debulebaTa Seusabamod dabegvris gamomwvevi moqmedebis Sesaxeb pirveli Setyobinebidan sami wlis ganmavlobaSi.

2. Tu kompetenturi organo gancxadebas dasabuTebulad CaTvliS da ar SeuZlia sakiTxis damakmayofileblad gadawyveta damoukideblad, unda Seecados meore xelSemkvreli saxelmwifos kompetentur organoTan SeTanxmebiT gadawyvitos sakiTxi am SeTanxmebis debulebebTan Seusabamo dabegvris Tavidan acilebis mizniT. nebismieri miRweuli SeTanxmeba eqvemdebareba aRsrulebas xelSemkvrel saxelmwifoTa Sidasaxelmwifoebrivi kanonmdeblobebiT gaTvaliswinebuli droiTi SezRudvebis miuxedavad.

3. xelSemkvrel saxelmwifoTa kompetenturi organoebi urTierTSeTanxmebis safuZvelze Seecdebian gadaWran nebismieri

sirtule an gaugebroba, romlebic warmoisoba am Setanxmebis ganmartebis an gamoyenebis dros. ormagi dabegvris Tavidan acilebis mizniT, maT SeuZliaT, agreTve, erTmanETTan konsultaciebi awarmoon am SetanxmebiT gauTvaliswinebel SemTxvevebSic.

4. xelSemkvrel saxelmwifoTa kompetentur organoebis, wina punqtibus gagebaSi Setanxmebis miRwevis mizniT, SeuZliaT erTmanETTan pirdapiri kontakti iqonion, maT Soris, maTi an maTi warmomadgenlebis monawileobiT Semdgari erToblivi komisiis saSualebiT.

#### muxli 26

#### informaciis gacvla

1. xelSemkvreli saxelmwifoebis kompetenturi organoebi cvlian im informacias, romelic gauTvaliswinebulia am Setanxmebis debulebebiT an xelSemkvreli saxelmwifoebis Sidasaxelmwifoebrivi kanonmdeblobiT im gadasaxadebTan mimarTebaSi, romlebsac moicavs es Setanxmeba da romlebiT dabegvra ar ewinaaRmdegeba am Setanxmebas. informaciis gacvla ar aris SezRuduli am Setanxmebis pirveli muxliT. xelSemkvreli saxelmwifoebis mier miRebuli nebismieri informacia iTvleba konfidencialurad, iseve, rogorc am saxelmwifos Sidasaxelmwifoebrivi kanonmdeblobis farglebSi miRebuli informacia da maTi gacnoba SeuZliaT mxolod im pirebs an uflebamosil organoebis (sasamarTloebisa da administraciuli organoebis CaTvliT), romelTa kompetencias warmoadgens im gadasaxadebis dakisreba an akrefa, izulebiti wesiT amoReba an sasamarTlo devna an im gadasaxadebTan dakavSirebuli saCivrebis ganxilva, romlebsac exeba pirveli winadadeba. es pirebi an organoebi am informacias gamoiyeneben mxolod dasaxelebuli miznebisaTvis. maT SeuZliaT am informaciis gamoyeneba sasamarTlos Ria sxdomaze an samarTlebrivi gadawyvetilebebis miRebis dros. TviT aseT SemTxvevebSic ki, pirovnebasTan dakavSirebuli informaciis konfidencialuroba SesaZloa dairRves mxolod imdenad, ramdenadac es aucilebelia sxva piris kanonieri interesebis an sazogadoebrivi interesebis dasacavad.

2. am muxlis pirveli punqtis debulebebi arc erT SemTxvevaSi ar unda iqnes gagebuli ise, TiTqos xelSemkvrel saxelmwifos ekisreba valdebuliba:

a) gaataros administraciuli Ronisziebei, rom lebic ewinaaRmdegeba erTi an meore xe l Semkvreli saxe l mwifos kanonmdeblobas an administraciul praqtikas;

b) miawodos informacia, rom lis mopoveba ar aris nebadarTuli erTi an meore xe l Semkvreli saxe l mwifos kanonmdeblobiT an Cveulebrivi administraciuli praqtikiT;

c) gasces informacia, rom el mac SesaZloa gaamJRavnos nebismieri savaWro, samewarneo, samrewvelo, komerciuli an profesiuli saidumloeba an savaWro procesi an iseTi informacia, rom lis gamJRavnebac ewinaaRmdegeba sazogadoebriv interesebs an saerTasoriso praqtikaSi miRebul principebs, kerZod, monacemTa dacvis sferoSi.

#### muxli 27

##### diplomatiuri warmomadgenlobebisa da sakonsulo dawesebulebebis TanamSromlebi

es SeTanxmeba gavlenas ver moaxdens diplomatiuri warmomadgenlobebisa da sakonsulo dawesebulebebis TanamSromleTa sagadasaxado privilegiebze, rom lebic dadgenilia saerTasoriso samarTlis sayoveltao normebis an specialuri SeTanxmebebis debulebebis safuzvelze.

#### muxli 28

##### ZalaSi Sesvლა

1. xe l Semkvreli saxe l mwifoebi diplomatiuri arxebis saSualebiT erTmaneTs acnobeben am SeTanxmebis ZalaSi Sesasvlelad saWiro maTi kanonmdeblobiT gatvaliswinebuli procedurebis dasrulebis Sesaxeb.

2. es SeTanxmeba ZalaSi Sedis xe l Semkvrel saxe l mwifoTa mier SeTanxmebis ZalaSi Sesvლისათვის saWiro Sidasaxe l mwifoebrivi procedurebis dasrulebis Sesaxeb ukanaskneli werilobiTi Setyobinebis miRebis dRidan mesame Tvis pirvel dRes. am SeTanxmebis debulebebi gadasaxadebis mimarT gamoiyeneba nebismier sagadasaxado wels, romelic daiwyeba SeTanxmebis ZalaSi Sesvლის wlis momdevno kalendaruli wlis pirveli ianvridan an mis Semdeg.



მუხლი 29

მოქმედების შეწყვეტა

ეს შეთანხმება ჯალაღია ვიდეო-ერტიქსის შემკვრელი სახელმწიფო არ  
შეწყვეტის მოქმედებას. ტიტოული შემკვრელი სახელმწიფოს  
სეულთა შეწყვეტის შეთანხმება მისი ჯალაღი სესვის დრიდან 5 წლის  
გასვლის შემდეგ, კალენდრული წლის დასრულებამდე სულ მცირე ექვსი  
წელიწადის ვადით შემკვრელი სახელმწიფოსათვის შეთანხმების  
შეწყვეტის თაობაზე დიპლომატიური არხებით ვერილობითი სეთობის  
სადასაბუთების, ასევე შემთხვევაში, შეთანხმება შეწყვეტის მოქმედებას  
გადასაქადების მიმართ ნებისმიერ გადასაქადო ველს, რომელიც დაიწყება  
შეთანხმების შეწყვეტის თაობაზე სეთობის მიცემის წლის მომდევნო  
კალენდრული წლის პირველი იანვრიდან ან მის შემდეგ.

ris dasturadac, am SeTanxmebas xeli moaweres orive xelSemkvreli  
saxelmwifos saTanado uflebamosilebiT aRWurvilma pirebma.

Sedgenilia 2005 wlis 11 aprils q. venaSi, or pirad, TiToeuli  
germanul, qarTul da inglisur enebze. yvela teqsti Tanabrad  
aUTenturia. germanul da qarTul teqstebS Soris gansxvavebis  
SemTxvevaSi, upiratesoba eniWeba teqsts inglisur enaze.

avstriis respublikis saxelIT

saqarTvelos saxelIT

**ursula plasniki**

**salome zurabiSvili**

## o q m i

Semosavlebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan acilebis Sesaxeb SeTanxmebis xel moworis dros, romelic daido avstriis respublikasa da saqarTvelos Soris, xel momwerni SeTanxmdnen, rom Semdegi debu lebebi warmoadgenen SeTanxmebis ganuyofel nawils:

1. me-2 muxlis pirvel punqtTan mimarTebaSi:  
termini -politikuri qvedanayofebi- saqarTvelos SemTxvevaSi niSnavs teritoriul-administraciul qvedanayofebis.

2. me-3 muxlis pirveli punqtis k) qvepunqtTan mimarTebaSi:  
termins -biznesi- saqarTvelos SemTxvevaSi aqvs igive mniSvneloba, rac ekonomikur saqmianobas.

3. me-3 muxlis pirvel punqtTan mimarTebaSi:  
termini -kapitali- niSnavs uzrav da moZrav qonebas. igi kerZod moicavs, magram ar Semoifargleba, naRd fuls, aqciebs an qonebrivi uflebebis damadasturebel sxva dokumentebs, obligaciebs an sxva savale valdebulebebs. is agreTve moicavs patentebs, sasaqonlo niSnebs, saavtoro uflebebs an sxva msgavs uflebebsa da qonebas.

4. me-7 muxlTan mimarTebaSi:  
termini -mogeba- moicavs amxanagobaSi monawile nebismieri partnioris mier miRebul mogebas.

5. me-13 muxlis me-5 punqtTan mimarTebaSi:  
xel Semkvereli saxelmwifos ufleba dabegros gadasaxadis gadamxdelis qoneba, romelic iyo misi rezidenti, izRudeba aqciebis Rirebulebis namatiT mxolod im periodSi, romelSic gadasaxadis gadamxdeli am saxelmwifos rezidents warmoadgenda.

6. me-16 muxlis me-3 punqtTan mimarTebaSi:  
me-3 punqti aseve gamoiyeneba im iuridiuli pirebis mimarT, romlebic warmoadgenen orkestrebs, Teatrebs da saba leto dasebs, aseve kulturis amgvari dawesebulebebis TanamSromlebis mimarT, Tu aseTi iuridiuli pirebi warmoadgenen aramomgebian organizaciebs da Tu es dadasturebulia rezidentis qveynis uflebamosili organos mier.

7. 21-e muxlTan mimarTebaSi:  
a) xel Semkvereli saxelmwifos rezidentis mier meore xel Semkverel saxelmwifoSi miRebuli Semosavali, romelic mas miekurtvneba sasarcelo moTxovnis dakmayofilebis safuzvelze, ar daibgreba pirvelad xsenebul saxelmwifoSi, Tu aseTi

Semosavali gadasaxadisgan gaTavisuflebulia meore xelSemkvreli saxelmwifos kanonmdeblobis Sesabamisad. am qvepungtis miznebisatvis, aseTi Semosavlebi agreTve moicavs anazRaurebbs kriminaluri qmedebebis, vaqcinaciis an sxva msgavsi mizezebis Sedegad miyenebuli zaralisaTvis;

b) a) qvepungtiT gaTvaliswinebuli Semosavali mxedvelobaSi ar iqneba miRebuli gamoqviTvis progresuli meTodis gamoyenebis dros.

#### 8. SeTanxmebis interpretacia:

SeTanxmebis debulebbs, romlebic Sedgenilia Semosavlebsa da kapitalze ormagi dabegvris Tavidan acilebis Sesaxeb OECD-is konvenciis modelis debulebaTa Sesabamisad, eqnebaT igive mniSvneloba, rac maT aqvT OECD-is modelis komentarebSi. wina winadadebis Sinaarsi ar gavrceledeba Semdegze:

a) romelime xelSemkvreli saxelmwifos mier OECD-is modelis an misi komentarebis farglebSi gakeTebuli nebismieri daTqmis an Senisvnis mimarT;

b) am oqmiT dafiqsirebuli nebismieri sawinaaRmdego interpretaciis mimarT;

c) SeTanxmebis ZalaSi Sesvlis Semdeg uflebamosil organoebS Soris SeTanxmebuli nebismieri sawinaaRmdego interpretaciis mimarT.

OECD-is komentarebi, romelic SesaZloa drodadro gadaisinjos, 1969 wlis 23 maisis saerTasorisoxe xelSekrulebebis Sesaxeb venis konvenciis gagebiT warmoadgens interpretaciis saSualebas.

ris dasturadac, am oqms xeli moaweres orive xelSemkvreli saxelmwifos saTanado uflebamosilebiT aRWurvilma pirebma.

Sedgenilia 2005 wlis 11 aprils q. venaSi, or pirad, TiToeuli germanul, qarTul da inglisur enebze. yvela teqsti Tanabrad autenturia. germanul da qarTul teqstebS Soris gansxvavebis SemTxvevaSi upiratesoba eniWeba teqsts inglisur enaze.

avstriis respublikis saxel iT

saqarTvelos saxel iT

ursula plasniki

salome zurabiSvili

